

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 06.07.2022

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:04 Uhr
Ende:	22:12 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
3.1.	Bänke im Muldenweg im Ortsteil Erfurt-Melchendorf Einr.: Einwohner	0664/22
4.	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 27.04.2022	
5.	Aktuelle Stunde	
5.1.	Zeit für eine neue BUGA? Einr.: Fraktion CDU	1160/22

5.2.	Gefährdung der Energieversorgung in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion AfD	1 192/22
6.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
6.1.	BUGA 2025 - Chancen nutzen, Risiken begrenzen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1 159/22
6.1.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1 159/22 - Chancen nutzen, Risiken begrenzen	1 221/22
6.1.1.1.	Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten zur Drucksache 1 221/22 Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1 159/22 Chancen nutzen, Risiken begrenzen	1 227/22
6.2.	Sachkundige Bürgerin: Abberufung und Berufung im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	1 180/22
6.3.	Resolution des Erfurter Stadtrates wegen Sanktionen gegen Russland zum Schutz der heimischen Wirtschaft Einr.: Fraktion AfD	1 191/22
6.4.	Abberufung und Berufung von sachkundigen Bürgern im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften Rechnungsprüfung und Vergaben. Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	1 201/22
7.	Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Neue Kleingartenanlage für Erfurt Einr.: Fraktion AfD	1 052/21
7.2.	Sanierung der Schulen und Kindergärten im Erfurter Norden Einr.: Ortsteilbürgermeister Johannesplatz, Berliner Platz und Roter Berg	2 292/21
7.3.	Freiwillige Feuerwehr Azmannsdorf unterstützen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2 454/21
7.4.	Freiwillige Feuerwehr (FFW) Azmannsdorf - Gerätehaus Einr.: Fraktion SPD	2 482/21

7.4.1.	Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2482/21 -Freiwillige Feuerwehr (FFW) Azmannsdorf - Gerätehaus	0974/22
7.4.1.1.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0974/22 - Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2482/21 - Freiwillige Feuerwehr (FFW) Azmannsdorf - Gerätehaus	1038/22
7.5.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0090/22
7.6.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurter Bahn GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0095/22
7.7.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebes Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0138/22
7.8.	Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 34 für den Bereich Linderbach "Nördlich Weimarische Straße /südlich Am Tonberg" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0143/22
7.9.	Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen - Ausgabe 2022 Einr.: Oberbürgermeister	0278/22
7.9.1.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0278/22 - Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen - Ausgabe 2022	1029/22
7.10.	Testphase für "Freie Veranstaltungsfläche" Einr.: Oberbürgermeister	0372/22
7.10.1.	Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung BuK vom 30.06.2022 - TOP 4.2. Testphase für "Freie Veranstaltungsfläche" (Drucksache 0372/22)	1198/22

7.11.	Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0419/22
7.11.1.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Hochheim zur DS 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt	0932/22
7.11.2.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Urbich zur DS 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt	0952/22
7.11.3.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt	0969/22
7.11.4.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt	1171/22
7.11.5.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Alach zur DS 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt	1211/22
7.12.	Moderiertes Gespräch zum Nettelbeckufer Einr.: Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN	0601/22
7.13.	Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden errichten Einr.: Fraktion CDU	0747/22
7.14.	Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen / Kindertagespflege für den Zeitraum 01. August 2022 bis 31. Juli 2023 Einr.: Jugendhilfeausschuss	0754/22

7.15.	Nutzungsüberlassung ehem. Feuerwehrgerätehaus in Azmannsdorf Einr.: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf	0794/22
7.16.	Änderung Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 bis 2023 Einr.: Oberbürgermeister	0800/22
7.17.	Rahmenbetriebsplan gemäß § 52 Abs. 2a Bundesberggesetz für den Kiessandtagebau Alperstedt-Süd der Firma Kies- und Splittwerk Eurich GmbH mit Planfeststellungsbeschluss (Bescheid Nr. 447/2010 vom 08.06.2010 einschließlich Planänderungsbescheid (Bescheid Nr. 734/16) vom 25..10.2016 Einr.: Oberbürgermeister	0810/22
7.18.	Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 bis 2022 Einr.: Oberbürgermeister	0857/22
7.19.	Nutzungsüberlassung ehem. Feuerwehrgerätehaus in Molsdorf zur Nutzung als Jugend- und Vereinszentrum Molsdorf Einr.: Ortsteilbürgermeister Molsdorf	0876/22
7.20.	Angebot von Schwimmkursen Einr.: Fraktion SPD	0916/22
7.20.1.	Antrag der Fraktion der AfD zur Drucksache 0916/22 - Angebot von Schwimmkursen	1162/22
7.21.	Bestellung Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Erfurter Bahn GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0920/22
7.22.	Bestellung Arbeitnehmervertreter KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft GmbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0931/22
7.23.	Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats Einr.: Fraktion AfD	0936/22

7.24.	Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates Einr.: Fraktion AfD	0937/22
7.25.	Aufruf zur Beteiligung am World Cleanup Day am 17.09.2022 Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN; Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0938/22
7.26.	Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof" Einr.: Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0951/22
7.26.1.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0951/22 -Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof"	1018/22
7.27.	Stopp aller B-Pläne mangels überarbeiteter Begründungssatzung Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0961/22
7.28.	Wegwerfen? Nein, danke! Kommunales Repair-Café für Erfurt Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0962/22
7.28.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0962/22 - Wegwerfen? Nein, danke! Kommunales Repair-Café für Erfurt	1172/22
7.29.	Verfahren Sozialticket Einr.: Oberbürgermeister	0979/22
7.29.1.	Antrag der Fraktion der AfD zur Drucksache 0979/22 - Verfahren Sozialticket.	1163/22
7.30.	3. Satzung zur Änderung der Satzung des Ehrenamtsbeirates der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0998/22

7.31.	3. Änderung der Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen, ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0999/22
7.32.	Beteiligungsprozess Erfurter Nachtkultur Einr.: Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	1055/22
7.33.	Aufstellen von Hundetütenspendern im Erfurter Stadtgebiet und in Grünanlagen Einr.: Fraktion AfD	1068/22
7.34.	Fahrradständerinstallation auf dem Domplatz Einr.: Fraktion AfD	1069/22
7.35.	Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1083/22
7.35.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1083/22 - Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt	1131/22
7.35.2.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1083/22 - Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt	1216/22
7.36.	Verhandlungen zur Theaterfinanzierung 2022 Einr.: Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1096/22
7.36.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1096/22 Verhandlungen zur Theaterfinanzierung 2022	1222/22
7.37.	Weiterentwicklung des ÖPNV nach der 9€-Ticketphase Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1097/22
7.38.	Sozial-, Kultur- und Sportvereine bei der Finanzierung gestiegener Kosten unterstützen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1098/22

- 8. Informationen
- 8.1. Genehmigung Haushaltssatzung nebst Anlagen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 **0883/22**
Einr.: Oberbürgermeister
- 8.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die 30. Sitzung des Erfurter Stadtrates in der Wahlperiode 2019 – 2024 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Anschließend bat er alle Anwesenden sich für eine Gedenkminute, für das am 25.05.2022 verstorbenen ehemalige Stadtratsmitglied Lothar Wolff, von den Plätzen zu erheben.

Nach der Gedenkminute übergab er die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, erklärte, dass gemäß der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters erfolgt. Schriftlich lag kein Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Anschließend fragte er ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Redepult aus erfolgt, widerspricht. Dies war nicht der Fall, weswegen er mit dem Hinweis fortfuhr, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß § 19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer ausliegt. Des Weiterhin verwies er auf die hausordnenden Regelungen zur Durchführung von Sitzungen der Ausschüsse und sonstigen Gremien des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt, die der Hauptausschuss am 26.04.2022 beschlossen hat und mit den Einladungen versandt wurde.

Weiterhin stellte der Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und zum Zeitpunkt der Eröffnung 28 Stadtratsmitglieder anwesend waren und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig war.

Zudem gratulierte er nachträglich den Mitgliedern des Stadtrates, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten sowie zur Geburt der Tochter eines Stadtratsmitgliedes.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Durch den/ die Einreicher zurückgezogen bzw. in den Ausschuss zur Vorberatung verwiesen wurden folgende Tagesordnungspunkt:

Der Tagesordnungspunkt 7.3 -Drucksache 2454/21 -Freiwillige Feuerwehr Azmannsdorf unterstützen wurde durch den Einreicher zurückgezogen.

Der Tagesordnungspunkt 7.12 -Drucksache 0601/22 - Moderiertes Gespräch zum Nettelbeckufer wurde durch die Einreicher zurückgezogen.

Der Tagesordnungspunkt 7.35 -Drucksache 1083/22-Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt wurde von den Einreicher in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung verwiesen.

Durch die Entscheidung des Hauptausschuss (05.07.2022) wurden folgende Tagesordnungspunkte, die ohne Vorberatung im zuständigen Ausschuss eingereicht wurden, in die Ausschüsse zur Vorberatung verwiesen:

Tagesordnungspunkt 6.3 Drucksache 1191/22 – Resolution des Erfurter Stadtrates wegen Sanktionen gegen Russland zum Schutz der heimischen Wirtschaft - wurde in den Hauptausschuss verwiesen.

Tagesordnungspunkt 7.33 – Drucksache 1068/22 -Aufstellen von Hundetütenspendern im Erfurter Stadtgebiet und in Grünanlagen wurde in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt verwiesen.

Tagesordnungspunkt 7.34 – Drucksache 1069/22 - Fahrradständerinstallation auf dem Domplatz - wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verwiesen.

Tagesordnungspunkt 7.37 - Drucksache 1097/22 - Weiterentwicklung des ÖPNV nach der 9€-Ticketphase - wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verwiesen.

Tagesordnungspunkt 7.38 -Drucksache 1098/22 -Sozial-, Kultur- und Sportvereine bei der Finanzierung gestiegener Kosten unterstützen -wurde in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben verwiesen.

Zusätzlich aufgenommen werden sollten folgende Drucksachen:

1. Drucksache 1159/22 BUGA 2025 -Chancen nutzen, Risiken begrenzen
Einreicher: Fraktion DIE LINKE.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., begründete die Dringlichkeit der Drucksache dahingehend, dass schnellstmöglich Konzepte erarbeitet werden müssen und verwies auf den zeitlichen Horizonte der Vorbereitung der BUGA 2021, welche 10 Jahre war.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD sprach sich gegen die Dringlichkeit aus und sah die Prioritäten der Stadt bei anderen Themen.

Anschließend lies der Stadtratsvorsitzende über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	19
Nein-- Stimmen	6
Enthaltungen	9

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde somit nicht erreicht.

2. Drucksache 1180/22 Sachkundige Bürgerin: Abberufung und Berufung im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht, sodann der Stadtratsvorsitzende über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen lies.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	28
Nein-- Stimmen	0
Enthaltungen	6

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde somit erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt.
Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte als Tagesordnungspunkt 6.1.

3. Drucksache 1201/22 Abberufung und Berufung von sachkundigen Bürgern im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften Rechnungsprüfung und Vergaben.
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht, sodann der Stadtratsvorsitzende über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen lies.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	28
Nein-- Stimmen	0
Enthaltungen	6

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde somit erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt.
Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte als Tagesordnungspunkt 6.2.

Vorgezogen und gemeinsam vor einer Pause werden die Wahlen durchgeführt:

Tagesordnungspunkt 7.23 – Druckasche 0936/22 Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats

Tagesordnungspunkt 7.24 – Drucksache 0937/22 Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates

Gemeinsam behandelt, aber getrennt abgestimmt werden sollten:

1.

Tagesordnungspunkt 7.2 – Drucksache 2292/21

Sanierung der Schulen und Kindergärten im Erfurter Norden

Einr.: Ortsteilbürgermeister Johannesplatz, Berliner Platz und Roter Berg

mit

Tagesordnungspunkt 7.11 – Drucksache 0419/22
Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans
in der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

sowie

2.
Tagesordnungspunkt 7.4 – Drucksache 2482/21
Freiwillige Feuerwehr (FFW) Azmannsdorf - Gerätehaus
Einr.: Fraktion SPD

mit

Tagesordnungspunkt 7.15 – Drucksache 0794/22
Nutzungsüberlassung ehem. Feuerwehrgerätehaus in Azmannsdorf
Einr.: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf.

Aufgrund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. Vereinbarung im Hauptausschuss wurden folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abgestimmt:

Tagesordnungspunkt 7.5 – Drucksache 0090/22
Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH

Tagesordnungspunkt 7.6 – Drucksache 0095/22
Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurter Bahn GmbH

Tagesordnungspunkt 7.7 – Drucksache 0138/22
Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebes Theater Erfurt

Tagesordnungspunkt 7.9 – Drucksache 0278/22
Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen - Ausgabe 2022

Tagesordnungspunkt 7.14 – Drucksache 0754/22
Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen / Kindertagespflege für den Zeitraum 01. August 2022 bis 31. Juli 2023

Tagesordnungspunkt 7.16 – Drucksache 0800/22
Änderung Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 bis 2023

Tagesordnungspunkt 7.18 – Drucksache 0857/22
Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 bis 2022

Tagesordnungspunkt 7.19 – Drucksache 0876/22
Nutzungsüberlassung ehem. Feuerwehrgerätehaus in Molsdorf zur Nutzung als Jugend- und Vereinszentrum Molsdorf

Tagesordnungspunkt 7.21 – Drucksache 0920/22
Bestellung Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Erfurter Bahn GmbH

Tagesordnungspunkt 7.22 – Drucksache 0931/22
Bestellung Arbeitnehmervertreter KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft GmbH Erfurt

Tagesordnungspunkt 7.30 – Drucksache 0998/22
3. Satzung zur Änderung der Satzung des Ehrenamtsbeirates der Landeshauptstadt Erfurt

Tagesordnungspunkt 7.31 – Drucksache 0999/22
3. Änderung der Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen, ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt

Redezeit zur Stadtratssitzung

Die Fraktion SPD beantragte die Halbierung der Redezeit für alle Tagesordnungspunkte der gesamten Stadtratssitzung (ausgenommen der Redezeit für die Tagesordnungspunkte „Aktuelle Stunde“).

Der Vorsitzende der Fraktion CDU, Herr Hose, sprach sich gegen die Halbierung der Redezeit aus. Dabei verwies er auf die Geschäftsordnung und dass die Themen umfangreich diskutiert werden sollten.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÖHLER / FDP / PIRATEN, sprach sich dafür aus, die Redezeit für die Stadtratsmitglieder zu halbieren, jedoch die Redezeiten der Ortsteilbürgermeister zu belassen.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD, Herr Warnecke, sprach sich für die Halbierung der Redezeit aus, da eine lange Tagesordnung vorliegt und auch die Drucksachen am Ende der Tagesordnung wichtig sind und diese behandelt werden sollten.

Da die Argumente ausgetauscht waren, ließ der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über den Antrag der Fraktion SPD, die Redezeit für die Dauer der gesamten Stadtratssitzung mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes „Aktuelle Stunde“ zu halbieren abstimmen.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	17
Nein-- Stimmen	16
Enthaltungen	3

Anschließend wurde vom Vorsitzenden der Fraktion CDU, Herrn Hose, beantragt die Aussprache zum Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde auf insgesamt 60 Minuten auszudehnen. Da keine Wortmeldungen dahingehend vorlagen, ließ der Stadtratsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	30
Nein-- Stimmen	0
Enthaltungen	6

Abschließend fragte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse, ob weitere Änderungen zur Tagesordnung beantragt werden. Dies war nicht der Fall, weshalb er die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung stellte.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	32
Nein-- Stimmen	0
Enthaltungen	4

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

3.1. Bänke im Muldenweg im Ortsteil Erfurt- Melchendorf 0664/22 Einr.: Einwohner

Der Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass der Fragesteller der Live-Übertragung zugestimmt hat.

Der Fragesteller sah die Beantwortung nicht überzeugend und kritisierte, dass die Ortsteilräte nicht erst genommen werden. Weder der Ortsteilbürgermeister noch Ortsteilratsmitglieder waren zur Besichtigung zu gegen. Daher Frage er nach, ob es zur benannten Besichtigung eine Fotodokumentation sowie ein Protokoll gibt.

Der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Sport, Herr Bärwolff ging auf die Thematik ein und wies darauf hin, dass mit dem Modellprojekt Südost eine Umgestaltung des Muldenweges angedacht ist und dann die Bänke Berücksichtigung finden werden.

Abschließend fasste der Stadtratsvorsitzende zusammen, dass die Protokolle und Fotodokumentationen dem Ortsteilrat übermittelt werden soll.

zur Kenntnis genommen

4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 27.04.2022

Es lagen weder schriftliche noch mündliche Einwände zur Niederschrift vor, sodann wurde die Niederschrift **genehmigt Ja 31 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

5. Aktuelle Stunde

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, wies auf eine Gesamtredezeit von 60 Minuten und daher je Thematik zur Aktuellen Stunde auf eine Gesamtzeit für die Aussprache von 30 Minuten hin. Daraus ergab sich für die Fraktionen und den Oberbürgermeister zu den jeweiligen Aktuellen Stunden eine Aussprachezeit von 3:45 Minuten und für das fraktionslose Stadtratsmitglied von 2 Minuten.

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender erteilte der einreichenden Fraktion CDU das erste Rederecht.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, stellte klar, dass der Titel der Aktuellen Stunde als rhetorische Frage zu verstehen sei, da für seine Fraktion eine erneute Durchführung der BUGA nicht in Frage kommt. Trotz dessen versicherte er, dass seine Fraktion wie bereits in der Vergangenheit die BUGA auch zukünftig unterstützen wird, allerdings nicht zu diesem Zeitpunkt. Die Aktuelle Stunde wurde von seiner Fraktion beantragt, da der Oberbürgermeister über die Medien spekuliert hatte, gern eine erneute BUGA 2025 / 2026 durchführen zu wollen. Doch auch bei all den Vorteilen der bereits durchgeführten BUGA müsse man auch auf die negativen Folgen hinweisen, welche diese mit sich zog, diese sind u. a.:

- Verluste in Millionenhöhe, deren Übernahme bisher ungewiss sei, auch wenn das Land dies angekündigt hat
- nicht Fertigstellung zahlreicher Projekte, wie z. B. der Bastionskronenpfad.

Darüber hinaus spricht die aktuelle Weltlage, wie z. B. die Kostensteigerungen und der Ukrainekrieg gegen eine derzeitige Planung, weswegen Rostock abgesprungen sei und andere Städte sich dagegen entschieden hätten. Er verwies auf die Demonstranten vor der Thüringenhalle, welche auf die schlechte Umsetzung der Schulsanierung aufmerksam machten, welche die Stadtverwaltung mit mangelndem Personal, Zeit und Geld, wie auch bei anderen Projekten begründete. Zu den weiteren verschobenen Projekten zählte er auf:

- Hochwasserschutz,
- Feuerwehr in Ilversgehofen,
- Konzept der Friedhofsordnung in den Ortsteilen und
- Kindergärten- und Schulsanierungen.

Da der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Sport, Herr Bärwolff, draußen zu den Demonstranten erklärte, dass er derzeit gegen eine erneute BUGA sei, fragte er diese direkt, ob er eine erneute BUGA mit dem derzeitigen Personal für realistisch hält. Über die Finanzzusagen des Landes, welche der Oberbürgermeister ankündigte, erklärte Herr Hose, dass diese doch lieber für andere offene Baustellen, wie die Erweiterung des Straßenbahnnetzes oder die Kita- und Schulsanierung, in der Landeshauptstadt bereitgestellt werden sollten. Aus den genannten Gründen beantwortete er die rhetorische Frage damit, dass es jetzt nicht an der Zeit für eine neue BUGA sei.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, erinnerte an die Grundsatzentscheidung aus 2010 / 2011, in welcher man für die BUGA 2021 einsetze, da die vorgesehenen Städte abgesagt hatten. Nun steht man vor der gleichen Entscheidung, da die Stadt Rostock abgesagt hat. Er erklärte, dass seine Fraktion sich einer erneuten Durchführung der BUGA nicht verschließt, diese allerdings nicht zu Lasten des Schulsanierungs- und Neubauprogrammes, des Kitasanierungsprogrammes oder anderer Projekte, die während der BUGA auf Eis gelegt wurden, durchgeführt werden soll. Sollte dies berücksichtigt werden, so kündigte er die Unterstützung seiner Fraktion an. Zur BUGA 2021 erklärte er, dass neben den bereits genannten Missständen auch die Abschlussrechnung fehlt, welche bereits im Mai 2022 dem zuständigen Ausschuss hätte vorgelegt werden müssen. Diese Zahlen sowie die Stellungnahme der Verwaltung über die Umsetzung der BUGA 2021 seien zur Entschei-

derung für eine zukünftige BUGA wichtig. Bei der derzeitigen Ungewissheit über den Umgang mit den Verlusten in Höhe von 8,4 Mio. EUR sei es nicht tragbar, dass die Landeshauptstadt für etwaige Verluste einer zukünftigen BUGA eintreten möchte, für welche ein Konzept und die Finanzierung bisher fehlte. Abschließend wies er darauf hin, dass es derzeit einen Fachausschuss für die BUGA 2021 gibt, man für eine zukünftige BUGA eine Geschäftsordnungsänderung benötigt um arbeitsfähig zu werden.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, nannte einleitend die gelungenen Projekte der BUGA 2021, welche das Stadtbild Erfurts nachhaltig positiv geprägt haben. Zur Frage, ob nun Zeit für eine neue BUGA sei, verwies er auf eine Bürgerumfrage, welche dies entscheiden soll. Sollten sich die Bürger für eine BUGA entscheiden, so benötigt die Stadt belastbare und verlässliche Zusagen für Fördermittel vom Land und vom Bund. Durch eine neue BUGA könnte der Petersberg weiterentwickelt und neben der Rega auch die nördliche Gera-Aue wiedergenutzt werden. Durch Fördermittel könnte man in die Infrastruktur, z. B. in neue Busse oder Straßenbahnen, in den Ausbau der Nordhäuser Straße oder der Volendung des Radwegeschlusses zwischen Domplatz und der Universität, investieren. Die Thematik der „Aktuelle Stunde“ würde suggerieren, dass durch eine neue BUGA die Umsetzung der Kita- und Schulsanierung gefährdet sei, was er und der Oberbürgermeister ablehnten. Abschließend wies er darauf hin, dass die Hansestadt Rostock die erste Stadt sei, die eine BUGA abgesagt und Erfurt die erste Stadt werden könnte, die innerhalb von fünf Jahren zwei Mal eine BUGA veranstaltet hat. Aus genannten Gründen sprach er sich im Namen seiner Fraktion für eine erneute Bewerbung zur Ausrichtung der BUGA aus.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erklärte vertretend für seine Fraktion, dass man weniger Chancen und viel mehr Risiken für eine erneute BUGA sah. Er stimmte zu, dass die BUGA viele Vorteile mit sich zog, gab aber zu bedenken, dass die Einnahmen vorrangig von auswärtigen Touristen eingenommen wurden, welche bei einer gleichen BUGA sehr wahrscheinlich wegfallen würden. Zur Finanzierung wies er darauf hin, dass seitens des Landes für das Jahr 2025 bereits die Unterstützung der Landesgartenschau in Leinefelde-Worbis im Mittelpunkt steht. Auf unkonkrete mündliche Zusagen möchte er sich nicht verlassen, zumal noch unbekannt sei, wer zu diesem Zeitpunkt das Land regiert und auch noch kein Haushalt auf Landesebene vorliegt. Darüber hinaus steht immer noch als Hauptproblem das fehlende Personal der Stadtverwaltung im Raum, wobei er prognostizierte, dass das derzeitige Personal wieder zu Lasten liegengeliebener Projekte, deren Finanzierung dann nicht stattfinden kann, gebunden wird. Daher erklärte er abschließend, dass seine Fraktion keinem Antrag für die Ausrichtung einer BUGA, egal was für einer dieser sei, zustimmen wird.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, sah in der Ausrichtung einer erneuten BUGA zwar die Möglichkeit dem schlechten Gemütszustand der Bevölkerung, welche durch zahlreiche negative Nachrichten zustandekommt, entgegen zu wirken, schloss sich aber der Meinung der Vorredner Herrn Hose und Herrn Maicher an und fragte, zu welchem Preis dies erneute Ausrichtung der Bundesgartenschau geschehen sollte? Die Bürgerumfrage empfand er positiv, wünschte sich allerdings eine Umfrage bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, welche froh waren nach der BUGA 2021, sich um die liegengeliebten Projekte kümmern zu können. Seine Fraktion sei zwar gesprächsbereit, stünde aber einer Neuauflage der BUGA sehr skeptisch gegenüber.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, wies auf das Millionendefizit der vergangenen BUGA und auf die zurückgestellten Kita- und Schulsanierungen hin. Wann der Investitionsrückstand aufgeholt wird, sei bis heute nicht absehbar, zumal man derzeit finanziell an das 50 Mio. EUR-Projekt im Erfurter Süd-Osten gebunden sei. Nun sah er erneut, dass der Bund mit Förder-

mitteln lockt, Politiker sich dafür feiern lassen und Finanzen und Personal für Projekte gebunden werden sollen, statt für Kernaufgaben wie Schulen, Kitas, Straßenbau und die weitere Daseinsfürsorge. Dass dies nun auf mündliche Zusage geschehen soll sei verantwortungslos. Er hinterfragte, ob der Oberbürgermeister überhaupt noch weiß, wofür er zuständig sei, da er falsche Prioritäten setzte und hoffte, dass er bei den nächsten Wahlen von den Bürgern zur Verantwortung gezogen wird. Statt einer repräsentativen Telefonumfrage sollte der Oberbürgermeister mit seiner Fraktion Unterschriften auf der Straße sammeln und dabei Gespräche mit den Bürgern führen.

Frau Stange, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., kritisierte die Wortmeldung von Herrn Schlösser. Anschließend nannte sie die BUGA 2021 für Erfurt ein "Erfolgsrezept". Sie beschrieb einige Maßnahmen, die ohne die BUGA 2021 nicht hätten umgesetzt werden können, wie die Ertüchtigung der nördlichen Gera-Aue und die Investitionen auf der ega. Gleichwohl erklärte sie aber, dass Politik im Stadtrat und nicht mit dem Mitarbeitenden der Verwaltung gemacht wird, womit sie einer Befragung der Mitarbeitenden ablehnend gegenüber steht. Sie kritisierte, dass der dringlich eingereichte Antrag ihrer Fraktion für eine neue BUGA¹ nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde, obwohl man dann notfalls auch im Ausschuss darüber hätte debattieren können. Auch stehe in diesem Antrag, dass man eine BUGA 2025 / 2026 nicht zu Lasten liegende Projekte durchführen darf. Die Weiterentwicklung des Petersbergs hätte man vorantreiben und das Gartenfestival, für welches man für das Jahr 2022 / 2023 Gelder bereitgestellt hat, zu Werbezwecken für Künstler für eine kommende BUGA nutzen können. Sie hoffte abschließend auf eine Behandlung des Antrags im September und eine Beantwortung der offenen Fragen seitens des Oberbürgermeisters, sodass man sich dann entsprechend entscheiden kann.

Herr Schlösser erwiderte zur Kritik von Frau Stange, dass seine Fraktion im Stadtrat ein Investitionskonzept und eine Prioritätenliste verlangt hatte, was abgelehnt wurde, wobei nun Betroffene mehrerer Schulen nachfragen, wann sie mit einer Sanierung rechnen können.

Herr Bausewein, Oberbürgermeister, konterte Herrn Schlösser mit dem Hinweis, dass dessen Fraktion sich gegen den letzten Haushalt stellte, obwohl dadurch ca. 80 Mio. EUR für die Schulsanierung bereitgestellt wurden. Die BUGA 2021 nannte er, trotz schlechter Rahmenbedingungen, einen vollen Erfolg, zumal die ega ohne die Fördermittel nicht in diesem Umfang saniert und der Petersberg und die nördliche Gera-Aue nicht hätten umgestaltet werden können. Auch für die Hotels, Händler und die Gastronomie sowie weitere Interessenvertretungen war die BUGA, gerade zur Corona-Zeit, eine große Unterstützung, weswegen diese eine Neuauflage befürworten. Bereits vor mehreren Wochen nannte er folgende vier Prämissen für die Durchführung einer weiteren BUGA:

1. Die Hansestadt Rostock muss ablehnen, da man es dieser nicht entziehen wollte, was mittlerweile auch geschah.
2. Keine geplanten städtischen Investitionsprojekte dürfen unter der BUGA leiden, was, wie er ankündigte, nicht geschehen wird, da es sich bei der Maßnahme nicht um eine Investitions-BUGA, sondern eine Durchführungs-BUGA handle.
3. Finanzielle Zusagen seitens des Landes, die derzeit nur mündlich vorhanden sind, aber natürlich in rechtliche Formen gesichert werden müssen. Bisher habe der Ministerpräsident zugesagt, dass der Freistaat sich im Durchführungsjahr an der Durchführung finanziell beteiligt. Selbige mündliche Zusage bekam er auch vom

¹ red. Anmerkung: Drucksache 1159/22 - BUGA 2025 - Chancen nutzen, Risiken begrenzen

Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland.

4. Was wollen die Bürger/-innen dieser Stadt? Die repräsentative Umfrage wird dabei entscheidend sein, ob die Stadt sich für die erneute BUGA bewerben wird oder nicht. Sollte die deutliche Mehrheit für eine BUGA 2.0 sein, so kündigte er für die Sitzung im September eine entsprechende Drucksache an.

Insgesamt sah er mehr Chancen als Risiken für die Landeshauptstadt, diese als Blumenstadt stärker zu etablieren und ihre Wirtschaft anzukurbeln. Ergab zu bedenken, dass ein großer Teil der Erfurterinnen und Erfurter von den Einnahmen aus dem Tourismusbereich abhängig sind. Man sollte nun die Umfrageergebnisse abwarten, über welche er informieren und gegebenenfalls eine Drucksache einbringen wird.

Herr Hose fragte, ob Herr Bärwolff sich auch äußern möchte.

Herr Bärwolff antwortete, dass er bei der Demonstration sagte, dass dies politisch im Stadtrat entschieden werden muss und er eine eigene Haltung dazu hat. Er richtet sich nach vorliegenden Konzepten und der Entscheidung des Stadtrates.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, schloss Herr Panse die Aussprache.

zur Kenntnis genommen

5.2. Gefährdung der Energieversorgung in der Landeshauptstadt Erfurt 1192/22
Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, eröffnete die Aussprache und übergab das erste Rederecht an die einreichende Fraktion AfD.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, wies auf eine Gaspreiserhöhung um 115 % der TEAG hin, welche ein Teil der Bevölkerung existenziell bedroht. Die Bundesnetzagentur befürchtet im Winter einen Gasmangel, wodurch hunderttausende Gasthermen ausfallen könnten. Statt Lösungen habe er bisher, sowohl in der Bundespolitik als auch in der Landespolitik und im Stadtrat nur Schuldzuweisungen und Scheinlösungen, wie z. B. Notstromaggregate, weniger und kältere Duschen und auf das Heizen verzichten, gehört. Dies soll bei einer zu erwartenden Erkältungswelle durchgeführt werden, was entsprechende gesundheitliche Folgen nach sich ziehen wird. Politiker, die diese Vorschläge eingebracht haben, seien Schuld an dem derzeitigen Gasmangel, schieben aber die Schuld seiner Meinung nach Russland zu. Hierbei erklärte er, dass die Russen die Inbetriebnahme von Nord-steam 2 nicht verweigern, sondern die Bundesregierung, welche dafür sorgte, dass die polnischen Gasspeicher statt die deutschen befüllt werden. Entsprechend sei es wichtig, dass der Stadtrat ein kommunalpolitisches Signal sendet, da die Versorgung Erfurts hauptsächlich durch Gasturbinen und Fernwärme am Leben erhalten wird. Bei all den Themen, die an diesem Abend noch diskutiert werden, sei dieses Thema, zur Vermeidung einer Gasarmut, mit im schlimmsten Fall Kältetoten, tatsächlich ein wichtiges Thema für die Erfurter Bevölkerung.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, fand es erstaunlich, wie die Fraktion AfD kritisch über die Bundespolitik, aber kein Wort über die tatsäch-

liche Ursache, dem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine“, sprach. Auch über die damit zusammenhängenden Sanktionen, welche die AfD aufheben möchte, habe man kein Wort verloren. An dieser Stelle entschuldigte sie sich bei allen Ukrainerinnen und Ukrainern für die Rede von Herrn Möller. Anschließend wies sie auf die tatsächlichen Ursachen hin, welche bereits vor dem Ukrainekrieg stattgefunden haben. Die hohen Energiepreise entstanden auf Grund eines weltmarktbedingten Preisauftriebs bei Erdgas und Erdöl, kurz fossile Inflation. Die begrenzte Verfügbarkeit und geopolitischen Unsicherheiten würden immer wieder für Preisschwankungen führen, wobei sie sich durch den russischen Angriffskrieg verschärft hatte. Hauptproblem seien die hohen Energiekosten, die neben Bürgern auch die Unternehmen zu stemmen hätten, wobei sie auf ein Entlastungspaket des Bundes hinwies. Sie verwies darauf, dass der Bundeswirtschaftsminister die zweite Stufe des Notfallplanes Gas ausgerufen hat, was bedeutet, dass alle Privathaushalte, Unternehmen und Institutionen aufgerufen sind, jede Kilowattstunde Gas dort einzusparen wo es möglich ist. Der Krisenstab der Stadtwerke Erfurt überwacht die aktuelle Situation und erklärte, dass nach derzeitigem Stand alle Kunden wie gewohnt weiter versorgt werden können. Durch die Verlagerung der Gasmengen innerhalb von Deutschland sei ausreichend Gas vorhanden. Vor diesem Hintergrund Panik zu schüren und von „Kältetoten“ zu sprechen sei daher falsch, genauso wie das Verleumden des Hauptschuldigen, Putin, bzw. Russland, welche den Krieg einstellen sollen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab schloss Herr Panse die Aussprache.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

6.1. BUGA 2025 - Chancen nutzen, Risiken begrenzen 1 1 59/22
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Dringlichkeit nicht bestätigt

6.1.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1 1 59/22 - Chancen nutzen, Risiken begrenzen 1 2 21/22

Dringlichkeit nicht bestätigt

6.1.1.1. Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten zur Drucksache 1 2 21/22 Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1 1 59/22 Chancen nutzen, Risiken begrenzen

Dringlichkeit nicht bestätigt

- 6.2. Sachkundige Bürgerin: Abberufung und Berufung im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 1 1 80/22
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Der Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 05.07.2022 die Drucksache mit Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 bestätigt hat. Da keine Wortmeldungen vorlagen, stellte der Stadtratsvorsitzende die Drucksache unverändert zur Abstimmung.

beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

01

Als sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird Frau Lina Kornmüller abberufen.

02

Als sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird Frau Ramona Künzel berufen.

- 6.3. Resolution des Erfurter Stadtrates wegen Sanktionen 1 1 91/22
gegen Russland zum Schutz der heimischen Wirtschaft
Einr.: Fraktion AfD

Die Drucksache wurde verwiesen, siehe Tagesordnungspunkt 2.

Verwiesen in Ausschuss

- 6.4. Abberufung und Berufung von sachkundigen Bürgern im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften Rechnungsprüfung und Vergaben. 1 2 01/22
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Der Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 05.07.2022 die Drucksache mit Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 bestätigt hat. Da keine Wortmeldungen vorlagen, stellte der Stadtratsvorsitzende die Drucksache unverändert zur Abstimmung.

beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss

01

Als sachkundiger Bürger der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird Herr Holger Liersch abberufen.

02

Als sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird Frau Anne Marie Zang berufen.

7. Entscheidungsvorlagen

7.1. Neue Kleingartenanlage für Erfurt 1052/21 Einr.: Fraktion AfD

Zunächst wies der Stadtratsvorsitzende auf den Umgang mit der Drucksache in der letzten Stadtratssitzung hin und entschuldigte sich hinsichtlich des Verfahrens.

Anschließend gab er bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 17.08.2021 die Drucksache mit Ja 1 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0 abgelehnt hat. Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 05.04.2022 die Drucksache mit Ja 1 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0 abgelehnt.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, erklärte dass der Beschlussfassung der Drucksache nichts entgegensteht, da die Kleingärtner das Ansinnen befürworteten und für Bauvorhaben bereit 131 Kleingärten verloren gegangen sind.

abgelehnt Ja 7 Nein 36 Enthaltung 0 Befangen 0

7.2. Sanierung der Schulen und Kindergärten im Erfurter Norden 2292/21 Einr.: Ortsteilbürgermeister Johannesplatz, Berliner Platz und Roter Berg

Der Tagesordnungspunkt 7.2 wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.11 behandelt und getrennt abgestimmt.

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte zum Tagesordnungspunkt 7.2, dass die Drucksache nur noch von den Ortsteilbürgermeistern Johannesplatz, Berliner Platz und Roter Berg unterstützt werde.

Alle Ortsteile, welche die Drucksache ursprünglich eingereicht haben, haben die Drucksache einstimmig bestätigt.

Im Jugendhilfeausschuss wurde die Drucksache am 24.03.2022 vertagt und im Ausschuss für Bildung und Kultur am 30.06.2022 abgelehnt (Ja 3 Nein 6 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Hauptausschuss hat nach § 4 Abs. 4 GeschO in der Sitzung am 05.07.2022 entschieden, die Drucksache trotz fehlender Vorberatung im Jugendhilfeausschuss im Stadtrat zur Entscheidung zuzulassen.

Zum Tagesordnungspunkt 7.11 informierte der Stadtratsvorsitzende, dass die Mehrheit der beteiligten Ortsteilräte die Drucksache bestätigt bzw. mit Änderungen bestätigt hat. Lediglich die Ortsteilräte Gispersleben und Vieselbach haben kein Votum abgegeben und die Ortsteilräte Johannesplatz und Alach haben die Drucksache abgelehnt.

Folgende Änderungsanträge lagen vor und wurden im Ausschuss für Bildung und Kultur am 30.06.2022 wie folgt abgestimmt:

- Antrag des Ortsteilbürgermeisters Hochheim (Drucksache 0932/22), ändert die Anlage 2: **abgelehnt** (Ja: 3 Nein: 5 Enthaltung: 1)
- Antrag des Ortsteilbürgermeisters Urbich (Drucksache 0952/22), ergänzt Beschlusspunkt 04 und ändert Anlage 2: **abgelehnt** (Ja: 2 Nein: 6 Enthaltung: 1)
- Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0969/22), ersetzt Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache: **abgelehnt** (Ja: 1 Nein: 6 Enthaltung: 2)
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (Drucksache 1171/22), ergänzte Ursprungsdrucksache um Beschlusspunkt 04 und 05: **bestätigt mit Änderungen** (entsprechend Einzelabstimmung):

04 (neu)

Bei zeitlichen Verzögerungen der schulischen Bauvorhaben informiert die Stadtverwaltung umgehend den Ausschuss für Bildung und Kultur und alle Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen. Darüber hinaus werden einmal im ~~Quartal~~ **Monat** die Schulen über den aktuellen Baustand informiert.

Ja: 7 Nein: 1 Enthaltung: 1 → damit **bestätigt**

05 (neu)

Die Stadtverwaltung wendet bei jedem Erweiterungsbau und bei jedem Neubau das Erfurter Raumprogramm für allgemeinbildende Schulen (Drucksache 2189/18) an. Dazu führt die Stadtverwaltung im Vorhinein Gespräche mit der Schulkonferenz der entsprechenden Schule ~~und bindet diese bei der Umsetzung mit ein.~~

Ja: 2 Nein: 6 Enthaltung: 1 → damit **abgelehnt**

06 (neu in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung)

Bei sämtlichen im Schulsanierungsprogramm aufgelisteten Erweiterungs- und Neubauten erfolgt eine Prüfung, ob diese so errichtet werden können, dass sie mehr elektrische Energie und Wärmeenergie erzeugen, als sie verbrauchen. Zusätzlich wird geprüft, ob im Zuge der Sanierung auf bestehenden Gebäuden Photovoltaikanlagen errichtet werden können.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 2 → damit **bestätigt**.

Die Ursprungsdrucksache 0419/22 wurde bestätigt mit. Änderungen (Ja 7 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0); in Fassung der mehrheitlichen bestätigten Punkte des Antrages mit Drucksache 1171/22.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE Grünen kündigte einen Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte ihres Antrages, einschließlich der Änderungen entsprechend dem Ausschuss für Bildung und Kultur, an.

Es lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters von Alach mit Drucksache 12 11/22 vor. Dieser ergänzte die Drucksache um zwei Beschlusspunkte 04 und 05. Aufgrund fehlender Vorbereitung der Drucksache 12 11/22 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 05.07.2022, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat dennoch zuzulassen.

Die Antwortschreiben an die Grundschulen 21 und 29 lagen den Fraktionen vor.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, ging einleitend auf einen Besuch des Schulfestes der Otto-Lilienthal-Schule ein, bei welchem ihm die Schüler von ihrem Gefühl berichteten, dass ihre Probleme nicht wahrgenommen werden. Auch Schulleiter/-innen, Lehrer/-innen und Eltern würden an eine Umsetzung des Schulnetzplans sowie des nun vorliegenden Schulsanierungsprogramms nicht mehr glauben. Schuld sah er dabei vor allem an falschen Versprechungen und unrealistischen Plänen, welche in der Vergangenheit vom Stadtrat und der Verwaltung gemacht wurden. Allgegenwärtig haben die personellen Engpässe in der Verwaltung zu Problemen bei der Umsetzung der bisherigen Schulnetzpläne geführt. Dass nun der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Sport von der Presse mit der Aussage zitiert wurde, dass bei erneuter Ausrichtung der BUGA ein Schulnetzplan nicht mehr umsetzbar sei und der Oberbürgermeister dennoch die Ausrichtung einer BUGA 2.0 zugesagt hat, sei alles andere als hilfreich. Er erklärte, dass es wichtig sei Versprechungen einzuhalten, weswegen er nicht nachvollziehen konnte, wieso die Sanierung der Schulen in den Ortsteile, welche laut ursprünglichen Schulnetzplan bereits hätte saniert werden müssen, nach hinten verschoben wurde, nun nicht wieder zeitlich nach vorne geholt werden dürfen. Seine Fraktion, so kündigte er an, werde keinen weiteren Plänen zustimmen, die nicht wenigstens zum Großteil realisierbar sind. Dementsprechend wird seine Fraktion den Schulsanierungsplan ablehnen, sollte nicht der Änderungsantrag seiner Fraktion, sowie die der Ortsteilbürgermeister bestätigt werden. Man solle ergebnisoffen prüfen, ob der Weg der Schulsanierung über die Stadtverwaltung wirklich der einzige sei gangbare sei oder ob es nicht doch schnellere Wege, wie z. B. über freie Träger bzw. Dritte, gibt, wie es der Ortsteil Moskauer Platz bei seiner Kita-Sanierung vorgemacht hat.

Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., stimmte Herrn Hose in dem Punkt, dass in der Vergangenheit die Planungen nicht optimal waren, zu, weswegen das nun vorliegende Konzept umso wichtiger sei. Sie widersprach ihm aber in Vergleich mit ihren Eindrücken, welche sie beim Besuch in Schulen gewonnen habe. So haben die Schüler/-innen sich nicht nur beschwert, sondern zeigten sich auch froh über bereits saniertes. Sie begründete die schlechte Umsetzung des Schulnetzplanes damit, dass Kitasanierungen und -neubauten vorgezogen wurden und nebenbei mehrere Schulen saniert werden sollten. Sie äußerte sich kritisch in Bezug auf die Vorschläge aus den Änderungsanträgen der Fraktion CDU und den Ortsteilbürgermeistern. Private Träger würden es zwar ermöglichen mehrere Sanierungsarbeiten gleichzeitig durchzusetzen, was kurzfristig helfen würde, aber langfristig würden dies die Stadt stärker finanziell belasten. Den Gedanken, dass die Stadt für ihre eigenen Räumlichkeiten Miete bezahlen müsste, lehnte sie ab. Ihrer Meinung nach würden die Änderungsanträge dazu führen, dass der nun vorliegende Sanierungsplan nicht mehr funktionieren würde. Die Kontrolle, ob die Sanierungen wie geplant laufen, läge in der Verantwortung des Stadtrates. Aus diesem Grund warb sie abschließend für die Beschlussfassung über die Ursprungsdrucksache.

Herr Städter, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, verglich den vorliegenden Plan mit einem Stundenplan und erklärte, dass man diesen entsprechend bestimmter Ereignisse gegebenenfalls anpassen muss, dieser dennoch wichtig sei, damit man überhaupt einen Plan zur Orientierung hat. Er warb um Zustimmung für die Ursprungsdrucksache und sprach sich für den Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters in Hochheim aus, bei dem lediglich ein fester Termin gewünscht war. Er verstand, dass es von mehreren Schulen Begehrlichkeiten gibt, mit der Sanierung vorgezogen zu werden, allerdings müsste man hierbei auf die Gesamtplanung schauen und drauf achten, dass die Sanierung im Einklang mit dem Ausbau der Digitalisierung der Schulen stattfindet.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erklärte, dass das Thema "Schulsanierungsstau" wahrscheinlich das leitende Thema dieser Stadtrats-Wahlperiode sei. Er bedankte sich bei der Verwaltung hinsichtlich der Erstellung eines Planes, welcher das Erreichen der Ziele beschleunigen soll und das transparente Verfahren. Er hob aus dem Sachverhalt den Satz " Dabei sind zunächst die personellen Kapazitäten in den planenden und bauenden Ämtern so auszugestalten, dass eine forcierte Bearbeitung tatsächlich gelingen kann." hervor und verwies dabei auf den Oberbürgermeister, welcher die Personalhoheit hat. In diesem Zusammenhang kritisierte er derzeitige Bewerbungsverfahren, bei welchem die Bewerber nach dem Einreichen der Bewerbungsunterlagen sechs Wochen lang keine Rückmeldungen erhalten habe, was dazu führt, dass viele Bewerber andere Stellen annehmen würden. Er fragte, wo die Werbekampagnen an den Fachhochschulen seien und warum die Stadtverwaltung nicht am Tag der offenen Tür präsent war. Er stimmte Herrn Hose zu, dass der Schritt zur BUGA 2.0 der falsche sei und der Oberbürgermeister stattdessen eher die Schulsanierung zur Chefsache machen sollte. Mit der Prämisse, dass Personal forciert für die Schulsanierung zur Verfügung gestellt wird, kündigte er die Zustimmung seiner Fraktion für das Schulsanierungsprogramm an. Anschließend erläuterte er den Antrag seiner Fraktion. Zu den Anträgen der Ortsteilbürgermeister erklärte er, dass diese von seiner Fraktion nicht unterstützt werden, da keine Schule bevorzugt vorgezogen werden sollte. Den Antrag der Fraktion CDU lehnte er auf Grund fehlender Finanzierungsvorschläge strikt ab. Abschließend warb er um Zustimmung zur Drucksache zum Schulsanierungsprogramm und des Antrags seiner Fraktion, wobei er den Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache 1171/22 in Fassung des Ausschusses für Bildung und Kultur bestätigte..

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, verteidigte den Oberbürgermeister, da dieser versprochen, dass eine BUGA 2.0 nicht zu Lasten der Sanierungsarbeiten an den Schulen stattfinden wird. Sie wies darauf hin, dass ein Schulsanierungsplan niemals abgeschlossen werden kann, da immer neue Sanierungen mit der Zeit notwendig sein werden. Von den Vertretern der Fraktion CDU hatte sie den Eindruck, dass diese vor Schulen und bei Demonstrationen Versprechungen machen, die sie bei anderen Fraktionen kritisieren. Einen Eigenbetrieb für die Schulen, wie die Fraktion CDU es favorisierte und sie es in der Vergangenheit gewollt hatte, lehnte sie ab, um nicht noch mehr Zeit für die Schulsanierung zu verlieren. Die Anträge der Ortsteilbürgermeister aus dem Norden, Tagesordnungspunkt 7.2, lehnte ihre Fraktion ab, da sie an den bestehenden Plan festhalten möchte. Für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, über deren Einreichung sie sich bedankte, gab sie die Unterstützung ihrer Fraktion bekannt. Abschließend erklärte sie, dass das Investitionsprogramm dafür sorgte, dass der Schulbau- und der Sanierungsplan noch nicht wie gewünscht umgesetzt werden konnte, was sich aber sicher, dass dessen Umsetzung von allen Seiten (Stadtrat und Verwaltung) eine hohe Priorität hat.

Die Ortsteilbürgermeisterin vom Roten Berg, Frau Rothe, äußerte ihre Enttäuschung darüber, dass der Vorschlag eines ÖPP-Modelles nicht angenommen wurde und der Ortsteilbürgermeister vom Moskauer Platz, Herr Hass, sich entgegen der Gemeinschaft der Ortsteilbürgermeister vom Erfurter Norden, auch von dem Model distanzierte um Sanierungen in seinem Ortsteil eigenständig und mit der Beteiligung der KoWo mbH Erfurt durchführen zu können.

Herr Hass, Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz, wies in Reaktion auf die Aussage der Ortsteilbürgermeisterin vom Roten Berg darauf hin, dass der Antrag, bei welchem sein Ortsteilrat sich ursprünglich beteiligte, zustande kam, bevor es den Schulsanierungsplan gab. Da dies einen Sinneswandel der Stadtverwaltung aufzeigte und kommunale Schulen in Plattenbaugebieten, welche lange Zeit benachteiligt wurden, nun vorrangig saniert werden, sei der Antrag der Ortsteile vom Erfurter Norden nicht mehr notwendig. Auch, dass die Verwaltung sich nun bei der Finanzierung für mehr Möglichkeiten öffnet, begrüßte er. Wichtig war es ihm festzustellen, dass wegen der Errichtung des Schulcampus in der Vilnius-Straße keine Absage an den Bau der dritten Schwimmhalle im Erfurter Norden kommt und dass die Verwaltung sich bereit erklärt hat, alle möglichen Finanzierungen, u. a. ÖPP, vorbehaltlos zu prüfen. Abschließend bat er um Zustimmung zum Schulsanierungsprogramm und dessen Umsetzung über die nächsten Jahre hinaus.

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister von Kerspleben, zeigte sich froh darüber, dass in der Planung die Schule seines Ortsteiles eine neue Turnhalle erhält. Das hierfür allerdings der zurzeit einzig vorhandene Veranstaltungsaal abgerissen werden soll, ohne dass man den Ortsteilrat bei der Entscheidung mit einbezog, kritisierte er. Er vermutete, dass die Personalknappheit im Amt für Gebäudemanagement zu Bearbeitungsproblemen führte und schlug vor den Arbeitsablauf analysieren zu lassen, um zukünftige Fehler zu vermeiden. Abschließend gab er bekannt, dass die Sanierung der Schule in seinem Ortsteil bis zum neuen Schuljahr vollständig abgeschlossen wird und bedankte sich in diesem Zusammenhang bei dem Oberbürgermeister für die Unterstützung während des Prozesses.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, gab bekannt, dass seine Fraktion dem Sanierungsprogramm zustimmen wird, da ihnen das Thema Schulen ebenfalls sehr wichtig ist. Auch den Anträgen von Alach und Hochheim werden sie zustimmen, da sie diese als sinnvoll erachten, zumal es berechtigte Gründe gibt, dass diese vorgezogen werden sollten. Er unterstütze es, dass die Ortsteile die Dringlichkeit signalisieren und so dem Stadtrat vor Augen führen, sich mehr auf das Thema Schulen, statt auf Radwege und anderes zu konzentrieren. Beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN kritisierte er, dass dieser mit den Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach falsche Prioritäten setzt, da diese seiner Meinung nach bei den fehlenden Räumlichkeiten und Lehrern liegen sollten, weswegen man den Antrag ablehnen wird. Trotz Zustimmung des Schulsanierungsplanes und den Anträgen der Ortsteile befürchtete er, dass diese wieder durch Personalmangel nicht umgesetzt werden. Bereits in den Haushaltsverhandlungen schlug seine Fraktion vor, statt 30 Mio. EUR für die ca. 600 unbesetzten „Phantomplanstellen“ zurück zu halten, dass Geld lieber zur Sanierung der Schulen zu verwenden. Dabei sollten auch Partnerschaften der freien Wirtschaft genutzt werden, mit der Vermutung, dass dann eine Umsetzung des Schulsanierungsplanes tatsächlich erfolgt.

Der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Sport, Herr Bärwolff, bedankte sich zunächst bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung, für das Erstellen eines belastbaren Schulsanierungsplanes. Dass der Plan nicht bei jedem auf Zufriedenheit stößt, sei logisch, aber nicht vermeidbar. Statt sich an der Reihenfolge von Versprechungen zu orientieren, nahmen sie den KOWO-Bericht, schauten welche Ausweichquartiere vorhanden waren, wo der Sanierungs-

bedarf am höchsten war, usw. um eine sachliche Abarbeitung zu gewährleisten. Zu den Anträgen der Ortsteilbürgermeister von Alach und Hochheim erklärte er, dass diese sicherlich Sympathie erzeugen, allerdings in der Zeitspanne auf Grund der Einhaltung der Regelungen der Bauordnung und die Durchführung notwendiger Bebauungsplanverfahren so nicht umsetzbar und daher entsprechend im Sanierungsplan zeitlich anders gesetzt wurden. Zu dem Vorschlag von Herrn Hose, einen Eigenbetrieb einzusetzen, erklärte er, dass dieser damals scheiterte, da die Fraktionen, u. a. auch die CDU, einen Verkauf der Erfurter Bahn ablehnten, weshalb kein Eigenkapital für den Eigenbetrieb generiert werden konnte. Auch die tarifliche Vergütung entsprechend der Thüringer Eigenbetriebsverordnung sorgt dafür, dass der Eigenbetrieb nicht finanzierbar ist. Ebenfalls problematisch sei es, dass die Personalhoheit dann nicht beim Eigenbetrieb, sondern beim Personalamt liegen würde. Die einzelnen Fachämter, so Herr Bärwolff, wollen keine weiteren Diskussionen mehr über Eigenbetriebe und darüber ob sie ausgegliedert werden, welche Aufgaben sie dann bekommen und zu welchen Bedingungen. Er verwies darauf, dass im Amt für Gebäudemanagement nur 68,3 % der Stellen besetzt sind, was man im Zuge der Schulsanierung dringend aufstocken muss, woran er in Zusammenarbeit mit Herrn Linnert, den Beigeordneten für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, arbeitet. Er versicherte nochmal die Aussage des Oberbürgermeisters, dass eine Durchführung einer neuen nur stattfinden wird, wenn keine Abstriche bei Schulbau – und sanierung gemacht werden, sprich genug Personal vorhanden ist. Um bei der Schulsanierung nun endlich voran zu kommen, bei der man aktuell 12 Schulen gleichzeitig bearbeitet und dies noch ausweiten möchte, bat er um Zustimmung zur Drucksache zum Schulsanierungsprogramm.

Herr Hose fragte Herrn Bärwolff, warum ein Eigenbetrieb in Erfurt nicht möglich ist und die Personalhoheit nicht, wie in Jena, beim Eigenbetrieb liegen könne. Er verwies dabei auf den Eigenbetrieb Theater Erfurt, welcher ebenfalls weitestgehend die Personalhoheit hat.

Herr Bärwolff antwortete, dass Jena eher angefangen hatte einen Eigenbetrieb zu bilden und auch Eigenkapital aufstellen konnte. Auch wenn man durch eine Eigenbetriebsatzung die Personalhoheit auf den Eigenbetrieb schieben kann, so bliebe man dennoch durch die tarifliche Vergütung weitgehend im öffentlichen Recht gebunden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, begann Herr Panse, wie vorher angekündigt mit der getrennten Abstimmung beider Tagesordnungspunkte. Herr Panse erläuterte zuerst das Abstimmungsverfahren.

Zunächst ließ er über zum Tagesordnungspunkt 7.2 über die Drucksache 2292/21 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	9
Nein Stimmen:	34
Enthaltungen:	3
Befangen	0

Die Drucksache wurde somit abgelehnt.

Es folgten die Abstimmungen zum Tagesordnungspunkt 7.11, beginnend mit dem Antrag des Ortsteilbürgermeisters Hochheim mit der Drucksache 0932/22.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	18
Nein Stimmen:	21
Enthaltungen:	8
Befangen	0

Der Antrag wurde somit abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über den Antrag des Orts-
teilbürgermeisters Urbich mit der Drucksache 0952/22.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	16
Nein Stimmen:	27
Enthaltungen:	4
Befangen	0

Der Antrag wurde somit abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion
CDU mit der Drucksache 0969/22.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	8
Nein Stimmen:	36
Enthaltungen:	3
Befangen	0

Der Antrag wurde somit abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über den Antrag auf Einzel-
abstimmung der Beschlusspunkte 04 -06 (neu) aus dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN mit der Drucksache 1171/22 in Fassung des Ausschusses für Bildung und
Kultur.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	40
Nein Stimmen:	7
Enthaltungen:	0

Der Antrag wurde bestätigt, weshalb Herr Panse nun über die einzelnen Beschlusspunkte
04 – 06 des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in der Drucksache 1171/22, in
der neuen Fassung aus dem Ausschuss für Bildung und Kultur abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis Beschlusspunkt 04

Ja Stimmen:	41
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	6
Befangen	0

Der Beschlusspunkt 04 wurde somit bestätigt.

Abstimmungsergebnis Beschlusspunkt 05

Ja Stimmen:	20
Nein Stimmen:	26
Enthaltungen:	1
Befangen	0

Der Beschlusspunkt 05 wurde somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Beschlusspunkt 06

Ja Stimmen:	28
Nein Stimmen:	16
Enthaltungen:	3
Befangen	0

Der Beschlusspunkt 06 wurde somit bestätigt.

Nun folgte die Abstimmung über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Alach mit der Drucksache 1211/22.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	16
Nein Stimmen:	23
Enthaltungen:	8
Befangen	0

Der Antrag wurde somit abgelehnt. Abschließend folgte die Abstimmung über die Drucksache 0419/22 mit den soeben bestätigten Änderungen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	38
Nein Stimmen:	7
Enthaltungen:	2
Befangen	0

Die Drucksache wurde somit mit Änderungen beschlossen.

abgelehnt Ja 9 Nein 34 Enthaltung 3 Befangen 0

7.3. Freiwillige Feuerwehr Azmannsdorf unterstützen 2454/21
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
zurückgezogen

7.4. Freiwillige Feuerwehr (FFW) Azmannsdorf - Gerätehaus 2482/21
Einr.: Fraktion SPD

Die Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.15 wurden gemeinsam nach den beiden Wahlen der Tagesordnungspunkt 7.23 und 7.24 und einer durchgeführten Sitzungsunterbrechung aufgerufen und getrennt abgestimmt.

Zum Tagesordnungspunkt 7.4 informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, dass ein Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 0974/22 vorlag. Dieser ersetzte Titel und Beschlusstext vollständig. Der Ausschuss für öffentliche Ordnung,

Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt hatte diesen Antrag am 09.06.2022 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 2482/21 war somit obsolet.

Nun lag ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1038/22 vor. Dieser ersetzte die Beschlussvorlage ebenfalls vollständig. Aufgrund fehlender Vorberatung der Drucksache 1038/22 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 05.07.2022, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Zum Tagesordnungspunkt 7.15 informierte Herr Panse, dass der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt die Drucksache am 09.06.2022 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, erklärte, dass der ursprünglich gestellte Prüfauftrag der Ursprungsdrucksache 2482/21 bereits durch das Amt für Gebäudemanagement, dank der Eigeninitiative des Ortsteilbürgermeisters von Azmannsdorf, positiv beantwortet wurde. Entsprechend hat man einen neuen Antrag gestellt, um Gelder für die Umsetzung zur Verfügung zu stellen und mit den Maßnahmen zu beginnen. Anschließend begründete er den Austritt vieler Kammeraden der dortigen Freiwilligen Feuerwehr mit den gravierenden Missständen, welche im ehemaligen Feuerwehrgerätehaus vorlagen. Er zeigte Verständnis für die Überlastung des Hochbauamtes, weswegen Maßnahmen zur Ertüchtigung des Feuerwehrgerätehauses zurückgestellt wurden, jedoch sei nun genug Zeit vergangen. Entsprechend freute er sich, dass der zuständige Beigeordnete nun die im Haushalt zur Verfügung gestellten 40 TEUR freigegeben hat und begrüßte eine zeitnahe Umsetzung, noch in diesem Jahr, um die Kammeraden wieder in die Freiwillige Feuerwehr zurück zu holen. Abschließend wies er darauf hin, dass ein gemeinsames Feuerwehrgerätehaus mit der Freiwilligen Feuerwehr von Vieselbach erst in 12 bis 15 Jahren, entsprechend dem beschlossenen Feuerwehrbedarfsplan, zu erwarten sei.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, ging auf den langwierigen Prozess ein, in welchem man durch zahlreiche Prüfaufträge und Debatten in mehreren Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt nach Lösungen für die Probleme der Freiwilligen Feuerwehr in Azmannsdorf suchte. Gemeinsam mit den Fraktionen SPD und DIE LINKE. habe man sich dem Problem des Ortsteiles angenommen, Gelder im Haushalt zur Verfügung gestellt und eine Lösung geliefert, sodass es nun an der Verwaltung liegt, diese umzusetzen. Dieser Fall, so erklärte er, würde zeigen, dass der Stadtrat sehr wohl die Probleme der Ortsteile ernst nimmt und um Lösungen bemüht ist. Durch die derzeitige Lösung gäbe es auch keinen zeitlichen Druck mehr für eine Umsetzung eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses mit Vieselbach, sodass man hierfür umfassend planen kann.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., schloss sich den Ausführungen seiner Vorrednern an und hob drei Gedanken hervor:

1. Dank einer intensiven öffentlichen aber auch Ausschussdebatte habe man einen Antrag mit einer Lösung geschaffen, welcher das Engagement der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in Azmannsdorf würdigt.
2. Er bat darum, die Lösung rasch umzusetzen und nicht zu verzögern oder hinzuhalten.

3. Man hätte die Situation in Azmannsdorf vorzeitig bereinigen können, wenn man eigene Diskussionen und Beschlüsse frühzeitig eingebracht und den Ortsteil miteinbezogen hätte.

Abschließend gab er bekannt, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird und bedankte sich über die Arbeit im Fachausschuss.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, schloss sich der Meinung seiner Vorredner an und gab bekannt, dass seine Fraktion dem Antrage ebenfalls zustimmen wird.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt, war froh, dass man eine Lösung für die Löschgruppe in Azmannsdorf und ein positives Signal an alle Freiwilligen Feuerwehren in Erfurt herausenden konnte. Neben der guten Arbeit des Stadtrates verwies er auf die Arbeit des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, welche sofort nach Bekanntgabe mit dem Erfurter Sportbetrieb Kontakt aufgenommen und Lösungen gesucht habe. Auch das Amt für Gebäudemanagement habe geliefert. Nun müsse man schauen die Zeitschiene einhalten zu können, damit die Löschgruppe, eventuell mit Neuzugängen, ihren Betrieb wieder aufnehmen kann. Er bedankte sich bei allen Beteiligten und hoffte auf eine schnelle Umsetzung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse zunächst über den Tagesordnungspunkt 7.4, mit der Drucksache 2482/21 in Fassung des Antrags der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1038/22, einschließlich der Änderung des Titels in „Leichtbauhalle für die FFW Azmannsdorf“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	46
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Die Drucksache wurde entsprechend genannter Änderungen beschlossen. Es folgte die Abstimmung des Tagesordnungspunktes 7.15 mit der Drucksache 0794/22.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	46
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Die Drucksache wurde somit beschlossen.

mit Änderungen beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Titel Leichtbauhalle für die FFW Azmannsdorf

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung stellt der Löschgruppe Azmannsdorf die Räumlichkeiten der Sportanlage sowie die für die Errichtung und Erschließung einer Leichtbauhalle benötigte Fläche neben dem Sozialgebäude der Anlage zur Verfügung.

02

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Baumaßnahme einer Leichtbauhalle nach Maßgabe der Prüfung des Amtes 23 in der Drucksache 0145/22 zur Nutzung durch die Löschgruppe Azmannsdorf auf dem Sportplatz neben dem Sozialgebäude noch in diesem Jahr zu realisieren.

03

Die Finanzierung erfolgt über die Haushaltsstelle 13000.94025. Sollten die Haushaltsmittel nicht auskömmlich sein, dann wird die Stadtverwaltung gebeten, die notwendigen Mittel über eine überplanmäßige Mittelbereitstellung sicherzustellen.

7.4.1. Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 0974/22
zur DS 2482/21 - Freiwillige Feuerwehr (FFW) Azmannsdorf - Gerätehaus

bestätigt mit Änderungen

7.4.1.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0974/22 - Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2482/21 - Freiwillige Feuerwehr (FFW) Azmannsdorf - Gerätehaus 1038/22

bestätigt

7.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH 0090/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung die Drucksache am 08.06.2022 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021 der Stadtwerke Erfurt GmbH mit einer Bilanzsumme von 269.308.190,38 EUR und einem Jahresüberschuss von 11.479.083,23 EUR wird festgestellt.

02

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2021 mit einer Bilanzsumme von 783.183 TEUR sowie einem Konzernjahresüberschuss von 24.267 TEUR wird gebilligt.

03

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH in Höhe von 11.479.083,23 EUR wird wie folgt verwendet:

- 10.379.083,23 EUR werden in die anderen Gewinnrücklagen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH eingestellt.
- 500.000,00 EUR werden in die anderen Gewinnrücklagen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH eingestellt.
- 600.000,00 EUR werden an die Landeshauptstadt Erfurt ausgeschüttet.

Der auszuschüttende Betrag ist gem. § 20 des Gesellschaftsvertrages der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH vier Wochen nach Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH fällig.

04

In Umsetzung des Gesellschafterbeschlusses vom 16.03.2012 wird durch die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH ein Betrag von 500.000,00 EUR in die Kapitalrücklage der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) eingelegt.

05

Der Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Herr Peter Zaiß, wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

06

Der Aufsichtsrat der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

07

Als Abschlussprüfer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH für die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH einschließlich der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz sowie für die Prüfung des Konzernabschlusses 2022 wird die BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Zweigniederlassung Erfurt, bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

**7.6. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurter
Bahn GmbH 0095/22
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 08.06.2022 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2021 der Erfurter Bahn GmbH mit einer Bilanzsumme von 82.189.892,12 EUR und einem Bilanzgewinn von 649.729,25 EUR wird festgestellt.

02

Der Bilanzgewinn des Jahres 2021 in Höhe von 649.729,25 EUR wird wie folgt verwendet: An die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt werden brutto 360.000,00 EUR ausgeschüttet. Der Auszahlungsbetrag beträgt 303.030,00 EUR netto. Der auszuschüttende Betrag ist vier Wochen nach Beschluss der Gesellschafterversammlung fällig. Der verbleibende Betrag von 289.729,25 EUR wird in die anderen Gewinnrücklagen der Erfurter Bahn GmbH eingestellt.

03

Der Geschäftsführer Herr Michael Hecht wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

05

Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2022 der Erfurter Bahn GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz und des Lageberichtes 2022 wird die WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

**7.7. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbe- 0138/22
triebes Theater Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Werkausschuss Theater Erfurt die Drucksache am 08.06.2022 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Theater Erfurt mit einer Bilanzsumme von 26.150.360,33 EUR und einem Jahresgewinn von 66.346,25 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresgewinn von 66.346,25 EUR wird in die Allgemeine Rücklage eingestellt.

03

Dem Werkleiter Herrn Guy Montavon wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt. Der Werkleiterin Frau Angela Klepp-Pallas wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Dem Oberbürgermeister wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

04

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2022 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Werkleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz sowie des Lageberichtes 2022 wird die BBH AG, Regierungsstraße 64, 99084 Erfurt bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

**7.8. Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 34 für den Bereich 0143/22
Linderbach "Nördlich Weimarische Straße / südlich Am
Tonberg" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Aus-
legung
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ortsteilrat Linderbach die Drucksache am 12.05.2022 bestätigte (Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr diese am 14.06.2022 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) hat.

Wortmeldungen gab es keine, sodass Herr Panse über die Drucksache 0143/22 abstimmen ließ.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

01

Der Stadtrat beschließt die Zwischenabwägung (Anlage 4) zu den bisher von der Öffentlichkeit und Behörden eingegangenen Stellungnahmen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 34 für den Bereich Linderbach "Nördlich Weimarische Straße/ südlich Am Tonberg" in seiner Fassung vom 22.02.2022 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung und deren Begründung werden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1a bis 1d beigelegt.)

**7.9. Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen - Ausgabe 0278/22
2022
Einr.: Oberbürgermeister**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 10.05.2022 bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat

Es lag nun ein Antrag des Oberbürgermeisters in Drucksache 1029/22 vor. Dieser ersetzte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Aufgrund fehlender Vorberatung der Drucksache 1029/22 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 05.07.2022, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung, über Drucksache 0278/22 in Fassung des Antrags des Oberbürgermeisters mit der Drucksache 1029/22, ohne Diskussion.

mit Änderungen beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die "Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen in der Landeshauptstadt Erfurt - Ausgabe 2022" (Anlage 1) werden als städtischer Standard beschlossen.

02

Sie ersetzen als Aktualisierung und Zusammenführung die in drei Teilen beschlossenen Regelbauweisen zu Überquerungsstellen (Drucksache 1624/15), Haltestellen des ÖPNV (Drucksache 0756/17) und Grundlegende Anforderungen an die Barrierefreiheit (Drucksache 2410/18).

03

Die Regelbauweisen sind bei allen Neu- und Umbauten im öffentlichen Verkehrsraum des Erfurter Stadtgebietes verbindlich anzuwenden, sofern nicht zwingende gesetzliche Gründe dem entgegenstehen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)

7.9.1. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0278/22 - 1029/22
Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen - Ausgabe
2022

bestätigt

7.10. Testphase für "Freie Veranstaltungsfläche" 0372/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der Ortsteilrat Stotternheim die Drucksache am 18.05.2022 bestätigt (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Der Ausschuss für Bildung und Kultur hat die Drucksache am 30.06.2022 mit Änderungen in nachfolgender Fassung bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0):

Beschlusspunkt 01: unverändert

Beschlusspunkt 02:

Nach Beendigung dieser Testphase erfolgt eine Auswertung mit den entsprechenden Gremien, **einschließlich der Ortsteilräte Stotternheim und Schwerborn**, welche dem Stadtrat vorgelegt wird.

Weiterhin informierte er, dass die Stellungnahme der Verwaltung zur Festlegung des Ausschusses für Bildung und Kultur (Drucksache 1198/22) vorlag.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, bedankte sich bei allen Beteiligten für das Zustandekommen der Drucksache, welches viele Jahre und Gespräche dauerte. Es wurden viele Plätze geprüft und für viele von ihnen Argumente dagegen gefunden. Nun habe man einen Platz gefunden, der allerdings von der Lage her nicht optimal sei. Die Idee jungen Menschen die Möglichkeit zu geben ohne große bürokratische Hürden Feiern oder Veranstaltungen nicht kommerzieller Art durchführen zu können, wird mit dieser Drucksache nur teilweise umgesetzt. Dennoch, so kündigte er an, unterstützt seine Fraktion die Drucksache, auch wenn diese noch ausbaufähig sei. Die bürokratischen Hürden, so kritisierte er, seien für junge Leute noch zu hoch und die Lage schlecht erreichbar, sodass man befürchtete, dass das Angebot nicht genutzt werden wird. Die beiden Ortsteile, so informierte er, erklärten sich einverstanden mit dem Lutherstein als Veranstaltungsfläche, zumal dort bisher illegale Veranstaltungen stattfinden. Abschließend erklärte er, dass man zukünftig mehr Flächen benötigt, welche sich in einer zentrumsnahen Lage befinden und für deren Erlaubnis die bürokratischen Hürden verringert werden. Er appellierte die Verwaltung bei dem zu beschließenden Standort nur die notwendigste Bürokratie anzuwenden.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bedankte sich ebenfalls bei allen Beteiligten und schloss sich der Bitte von Herrn Hose an. Anschließend hinterfragte er die Regelungen der AGBs in Bezug auf die Sicherheitsvorkehrungen. Danach sei die Veranstaltungsfläche mit einer Sicherheitsbeleuchtung zu versehen, sodass Besucher und Veranstalter den Weg zu den öffentlichen Nahverkehr finden. Wird Strom auf dem Weg zum ÖPNV-Anschluss bereitgestellt oder wie soll das funktionieren?

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, warb ebenfalls um Zustimmung und erklärte die Testphase, welche derzeit nur als Beginn von weiteren Maßnahmen betrachtet werden kann, für ein Experiment, um zu schauen, wie die jungen Leute das Angebot annehmen. Die Hoffnung, dass die Schaffung von freien Veranstaltungsflächen dafür sorgt, dass es in Parks keine wilden illegalen Partys geben wird, deklarierte er als Irrglauben. Dennoch sei es die einzige Möglichkeit ein Kompromiss zu schaffen.

Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, erklärte die Schwierigkeiten, die das Projekt mit sich zog, da sowohl das Dezernat für Ordnung und Sicherheit, als auch das Dezernat für Kultur und Stadtentwicklung beteiligt wurde, wobei Sicherheit und Nutzen sich nur schwer differenzieren ließen. Er bedankte sich bei allen Beteiligten, welche trotz großer Hürden Ergebnisse erzielten, wobei er zwei Mitarbeiterinnen aus der Kulturdirektion besonders hervorhob, welche zukünftig auch die Nutzung der freien Veranstaltungsfläche administrieren. Er bestätigte die Aussage von Herrn Dr. Beese, dass legale Veranstaltungen keine illegalen verhindern werden. Er war dankbar über die Zusammenarbeit mit den beiden Ortsteilen und verstand deren Sorgen und Bedenken. Zu Herrn Maichers Frage antwortete er, dass der Platz nicht besonders erschlossen sei und man mit einem Generator Strom erzeugen und Geräte für die Beleuchtung selbst mitbringen muss. Inwiefern dies umgesetzt wird, soll mit der Zeit beobachtet werden. Trotz dieser Hürde bat er darum, dieses Projekt nun umzusetzen.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt, schloss sich dem Dank von Herrn Dr. Knoblich an. Er warb ebenfalls um Zustimmung zur Vorlage und gab nochmals wider, dass beide beteiligten Dezernate sich einig sind, dass es nicht bei der einen Fläche bleiben kann, egal was eine Auswertung ergibt. Perspektivisch wollte er auch Flächen, welche bisher für die BUGA gesperrt waren nochmals prüfen lassen. Er war gespannt auf die Resonanz des Projektes und wies darauf hin, dass man seitens der Stadtverwaltung Müllsäcke sowie mobile Toiletten zur Verfügung stellen und Lärmmessungen durchführen wird, um etwaige Bedenken auszuräumen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0372/22 in Fassung des Ausschusses für Bildung und Kultur abstimmen ließ.

mit Änderungen beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Es wird bis Ende Oktober 2022 eine Testphase geben, in welcher die ausgewiesene Fläche am Lutherstein (Gemarkung Stotternheim, Flur 11, Flurstück 859/18) nach Anmeldung bei der Stadtverwaltung für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird.

02

Nach Beendigung dieser Testphase erfolgt eine Auswertung mit den entsprechenden Gremien, einschließlich der Ortsteilräte Stotternheim und Schwerborn, welche dem Stadtrat vorgelegt wird.

7.10.1. Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung BuK vom 30.06.2022 - TOP 4.2. Testphase für "Freie Veranstaltungsfläche" (Drucksache 0372/22) 1198/22

zur Kenntnis genommen

7.11. Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister 0419/22

Siehe Tagesordnungspunkt 7.2.

mit Änderungen beschlossen Ja 37 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Das Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt wird beschlossen.

02

Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür notwendigen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen nach Maßgabe der Haushalte zu schaffen und in der jeweiligen Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

03

Das Programm ist alle 2 Jahre fortzuschreiben.

04

Bei zeitlichen Verzögerungen der schulischen Bauvorhaben informiert die Stadtverwaltung umgehend den Ausschuss für Bildung und Kultur und alle Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen. Darüber hinaus werden einmal im Quartal die Schulen über den aktuellen Baustand informiert.

05

Bei sämtlichen im Schulsanierungsprogramm aufgelisteten Erweiterungs- und Neubauten erfolgt eine Prüfung, ob diese so errichtet werden können, dass sie mehr elektrische Energie und Wärmeenergie erzeugen, als sie verbrauchen. Zusätzlich wird geprüft, ob im Zuge der Sanierung auf bestehenden Gebäuden Photovoltaikanlagen errichtet werden können.

7.11.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Hochheim zur DS 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt 0932/22

abgelehnt Ja 18 Nein 21 Enthaltung 8 Befangen 0

7.11.2. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Urbich zur DS 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt 0952/22

abgelehnt Ja 16 Nein 27 Enthaltung 4 Befangen 0

7.11.3. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt 0969/22

abgelehnt Ja 8 Nein 38 Enthaltung 1 Befangen 0

7.11.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt 1171/22

bestätigt mit Änderungen

7.11.5. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Alach zur DS 0419/22 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplans in der Landeshauptstadt Erfurt 1211/22

abgelehnt Ja 16 Nein 23 Enthaltung 8 Befangen 0

7.12. Moderiertes Gespräch zum Nettelbeckufer Einr.: Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN 0601/22

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.10 aufgerufen.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
zurückgezogen

7.13. Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden errichten 0747/22
Einr.: Fraktion CDU

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 14.06.2022 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Wortmeldungen gab es keine, sodass Herr Panse über die Drucksache 0747/22 abstimmen ließ.

beschlossen Ja 38 Nein 1 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Installation und Betreibung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Thüringenhalle im Rahmen der dringend notwendigen Dachsanierung möglich und sinnvoll ist. Das Prüfungsergebnis ist dem zuständigen Ausschuss des Stadtrats bis Ende 2022 vorzulegen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mögliche Fördermittel für die Maßnahme zu beantragen.

03

Der Oberbürgermeister berichtet dem zuständigen Ausschuss des Stadtrats über den derzeitigen Stand der Planung / Umsetzung zur Ausstattung städtischer Gebäude mit Photovoltaikanlagen. Die Berichterstattung erfolgt bis Ende 2022.

7.14. Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen / Kindertagespflege für den Zeitraum 01. August 2022 bis 31. Juli 2023 0754/22
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die beteiligten Ortsteilräte die Drucksache bestätigten bzw. gab zur Drucksache kein Votum abgaben.

Der Jugendhilfeausschuss hat die Drucksache am 16.06.2022 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 9 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage 1 befindliche "Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 01. August 2022 bis 31. Juli 2023" wird beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

7.15. Nutzungsüberlassung ehem. Feuerwehrgerätehaus in 0794/22
Azmannsdorf
Einr.: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf

Siehe Tagesordnungspunkt 7.4.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das ehemalige Feuerwehrgerätehaus in Azmannsdorf (Kirchstraße) dem Ortsteilrat als Lagerfläche für kulturelle Veranstaltungs-Sachgüter zur Verfügung zu stellen.

7.16. Änderung Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 0800/22
bis 2023
Einr.: Oberbürgermeister

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.14 behandelt.

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksache am 16.06.2022 bestätigt (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 40 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

In der Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 bis 2023 (Beschluss zur Drucksache 0674/19) wird im Abschnitt E "Maßnahmeplanung" der Maßnahmepunkt V wie folgt geändert:

Im "Cool – Projekt" des Trägers Kontakt in Krisen e. V. werden 3,75 VbE Fachkräfte und Honorarmittel in Höhe von jährlich bis zu 13.500,- EUR plus Sach- und Betriebskosten finanziert.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, beantwortete die Frage von Herrn Kürth dahingehend, dass die Arbeitsgemeinschaft Erfurter Seen, welcher er angehört, regelmäßig zu Anträgen von den Kiesunternehmen nach Bergrecht informiert wird.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass es hierbei lediglich um die Stellungnahme der Stadtverwaltung über ein Verfahren geht, von dem nicht die Stadtverwaltung sondern eine Reihe von Beteiligten, u. a. das Landesverwaltungsamt, das Landesamt für Umwelt, Bergbau, Naturschutz, usw. Herren des Verfahrens sind. Diese schreiben die einzelnen Gebietskörperschaften und Verbände an und bitten um Zuarbeit. Die vorliegende Stellungnahme ist dabei die Zuarbeit der Stadt, welche keine großen Probleme bei der Umsetzung sieht. Das Anschreiben des Landesverwaltungsamtes gibt diese Einstellung wieder. Er verstand den Einwand, dass man das Thema hätte im Fachausschuss vorberaten sollen. Da es aber keine gravierenden Auswirkungen auf die Landeshauptstadt hat bat er den noch um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0810/22 abstimmen ließ.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0

Beschluss

Die Stellungnahme der Landeshauptstadt Erfurt (Anlage 2) zum Rahmenbetriebsplan gemäß § 52 Abs. 2a Bundesberggesetz für den Kiessandtagebau Alperstedt-Süd der Firma Kies- und Splittwerk Eurich GmbH wird beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.)

7.18. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 bis 2022 0857/22
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 16.06.2022 im Jugendhilfeausschuss bestätigt (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

Im Kinder- und Jugendförderplan 2017 bis 2022 (Beschluss zur Drucksache 1972/16, zuletzt geändert durch Beschluss zur Drucksache 1911/20) wird im Abschnitt F "Maßnahmenplanung" folgender Maßnahmenpunkt XXIX hinzugefügt:

XXIX Während der Umsetzung des Angebotes "Kompetenzagentur Blend (KoAg Blend)" des Trägers Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V. im Rahmen der ESF-

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	6
Nein Stimmen:	41
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Der Antrag wurde abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über die Drucksache 0916/22 in Fassung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb (das heißt in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung).

beschlossen Ja 47 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die SWE Bäder werden aufgefordert, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Erfurter Schwimmvereine darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeit besteht in den Sommerferien gegen Entgelt zusätzliche Bahnstunden für Schwimmkurse anzubieten.

7.20.1. Antrag der Fraktion der AfD zur Drucksache 0916/22 - 1162/22
Angebot von Schwimmkursen

abgelehnt Ja 6 Nein 41 Enthaltung 0 Befangen 0

7.21. Bestellung Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der 0920/22
Erfurter Bahn GmbH
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 05.07.2022 bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 47 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Herr Thomas Filip wird mit Datum des Stadtratsbeschlusses als Mitglied des Aufsichtsrates der Erfurt Bahn GmbH bestellt.

7.22. Bestellung Arbeitnehmervertreter KoWo - Kommunale 0931/22
Wohnungsgesellschaft GmbH Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 05.07.2022 bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 47 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Herr Frank Ruder wird mit Datum des Stadtratsbeschlusses als Mitglied des Aufsichtsrates der KoWo-Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt bestellt.

7.23. Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats Einr.: Fraktion AfD

0936/22

Der Tagesordnungspunkt 7.23 wurde gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 nach dem Tagesordnungspunkt 7.2, welcher gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.11 behandelt wurde, gemeinsam mit der Wahl aus dem Tagesordnungspunkt 7.24 vor einer Pause aufgerufen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass zu allen beiden bevorstehenden Wahlen der Hauptausschuss in seiner Sitzung vom 05.07.2022 kein Votum abgegeben hat.

Zum Zeitpunkt der der Wahlen waren 47 Stadtratsmitglieder anwesend. Jedes dieser Stadtratsmitglieder hatte pro Wahl eine Stimme, wobei gewählt war, wer nach § 39 Abs. 2 ThürKO mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat.

Auf Grund der Regelungen zur Abstandswahrung rief er die Mitglieder des Stadtrates fraktionsweise zur Wahl auf, zunächst jedoch die Mitglieder der Wahlkommission. Zuletzt gab er, vor Beginn der Pause, seine Stimme ab, nachdem er fragte ob jedes Mitglied die Gelegenheit hatte seine Stimme abzugeben.

Nach der Sitzungsunterbrechung verkündete Herr Panse die Wahlergebnisse wie folgt:

Abstimmungsergebnis TOP 7.23. Wahlgang der Drucksache 0936/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	47
erforderliche Mehrheit:	24
Stimmen für Herr Mario Czypionka:	14
ungültige Stimmen:	33

Herr Czypionka wurde somit nicht gewählt.

Abstimmungsergebnis TOP 7.24 Wahlgang der Drucksache 0937/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	47
erforderliche Mehrheit:	24
Stimmen für Herr Stefan Möller:	13
ungültige Stimmen:	34

Herr Stefan Möller wurde somit nicht gewählt.

Im Anschluss fragte Herr Panse nach dem Fortgang der nicht erfolgreich stattgefundenen Wahlen, wobei Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, den Antrag auf Abbruch der betroffenen Wahlen unter den Tagesordnungspunkte 7.23 und 7.24 stellte. Dementsprechend ließ Herr Panse zunächst über den Abbruch der Wahl unter dem Tagesordnungspunkt 7.23 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	39
Nein Stimmen:	8
Enthaltungen:	0

Die Wahl wurde somit abgebrochen. Abschließend folgte die Abstimmung über den Abbruch der Wahl unter dem Tagesordnungspunkt 7.24.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	39
Nein Stimmen:	8
Enthaltungen:	0

Die Wahl wurde somit ebenfalls abgebrochen.

Herr Panse schloss somit beide Tagesordnungspunkte und rief den Tagesordnungspunkt 7.4 auf.

abgelehnt

**7.24. Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates
Einr.: Fraktion AfD 0937/22**

Siehe Tagesordnungspunkt 7.23.

abgelehnt

7.25. Aufruf zur Beteiligung am World Cleanup Day am 17.09.2022 0938/22
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN; Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.22 aufgerufen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 09.06.2022 im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0) wurde.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, sah in Aktionen wie den Cleanup Day eine gute Möglichkeit zur Prävention vor Vermüllung. Sie zeigte sich froh über das Zustandekommen der Drucksache sowie der positiven Stellungnahme der Stadtverwaltung und deren Beteiligung am Cleanup Day. Sie hoffte auf eine breite Beteiligung der Erfurter Bevölkerung, damit die Sauberkeit und der Gesundheitsschutz der Landeshauptstadt wieder etwas steigt. Abschließend warb sie um Zustimmung zur Drucksache.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, schloss sich dem Redebeitrag von Frau Wahl an. In der Stellungnahme wird ausgeführt, dass der Beschluss nicht notwendig sei, da die Stadtverwaltung bereits tätig ist, wofür Frau Röttsch sich bei allen Beteiligten bedankte, aber einräumte, dass es noch nicht ausreichend sei, weshalb sie an der Drucksache festhielt. Auch wenn die Beteiligung bereits in der Vergangenheit hoch war, so hätte dies noch Luft nach oben und das Potential des Cleanup Days sollte noch stärker ausgebaut werden. Sie warb anschließend um Zustimmung und bat darum, sollte dies nicht gewollt sein, sich zu enthalten.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, bedankte sich ebenfalls bei allen Beteiligten und unterstützte die Stellungnahme der Verwaltung, wobei er aufzählte, was die Verwaltung in der Vergangenheit geleistet hat und auch diesmal wieder leistet. Man wird die Drucksache nicht unterstützen, sie aber auch nicht ablehnen, sondern sich enthalten. Man kann immer mehr fordern, aber in diesem Fall sei es ausreichend, weswegen er darum bat, dass die Verwaltung wie bisher arbeitet.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, gab bekannt, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung aus dem gleichen Grund wie die Fraktion SPD enthalten wird.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt, wird den Dank gerne an seine Mitarbeiter/innen weitergeben. Herrn Dr. Warweg versicherte er, wie gewohnt weiterzumachen. Die Intension des Antrags teilte er zu 100 %, auch wenn er auf Grund der bereits umfassten Leistungen, welche er aufzählte, keine Notwendigkeit einer Beschlussfassung sah. Abschließend wies er darauf hin, dass jeder Beitrag gegen eine Vermüllung ein guter Beitrag sei und die Fraktionen sich sehr gerne am Cleanup Day zur Signalsetzung beteiligen dürfen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0938/22 abstimmen ließ.

beschlossen Ja 20 Nein 0 Enthaltung 27 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung wird im Vorfeld zum World Cleanup Day am 17.09.2022 über verschiedene Kanäle (Amtsblatt, soziale Netzwerke, Tagespresse, Fernsehen, ÖPNV) diesen Aktionstag bewerben. Hierbei soll auch darüber berichtet werden, welchen Schaden Müll der Umwelt zufügt.

02

Insbesondere wird die Stadtverwaltung Vereine (Sport, Freizeit, Wohlfahrt etc.), Kindergärten und Schulen animieren, um sich aktiv am World Cleanup Day 2022 zu beteiligen.

03

Die Stadtverwaltung wird am 17.09.2022 im Stadtgebiet Container aufstellen und die Orte der Öffentlichkeit mitteilen. Müllbeutel sind im Vorfeld zu stellen und entsprechende Ausgabestellen sind zu benennen.

04

Die Stadtverwaltung wird den Erfurter Cleanup Day auf der Seite www.worldcleanupday.de eintragen.

05

Die Stadtverwaltung wird die Fraktionen über den Stand der Vorbereitungen proaktiv informieren, spätestens jedoch am 01.09.2022 im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt.

7.26. **Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof" 0951/22**
Einr.: Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE
GRÜNEN

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt in Drucksache 1018/22 vorlag. Dieser ersetzte den Beschlussvorlage vollständig.

Im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung wurde die Drucksache 0951/22 am 08.06.2022 bestätigt mit Änderungen (Ja 6 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0) in Fassung des Antrags der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt mit der Drucksache 1018/22.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei den miteinreichenden Fraktionen für die Beschlussvorlage, welches ein Zeichen an die Bewohner/-innen des Moritzhofes senden soll. Man möchte mit der Drucksache den Bewohner/-innen die Angst vor einem Verkauf oder der nicht Bewerkstelligung von Sanierungsarbeiten, welche zu Mieterhöhungen führen können, nehmen. Weiterhin sei es das Ziel die Mieterstruktur aufrecht zu erhalten. Die Privatisierung des Gebäudekomplexes, wie es in der Vergangenheit beschlossen wurde, erklärte sie für gescheitert. Abschließend warb sie um Zustimmung für den Antrag.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, sprach sich allgemein gegen den Verkauf von städtischen Grundstücken aus.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP / PIRATEN, gab die Historie des Moritzhofes wieder. Der Moritzhof sei Bestandteil des Gesamtpaktes an Wohnungsbeständen der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt (KoWo) gewesen, welche diese veräußern musste, als die finanzielle Lage des Unternehmens schlecht war. Eine Veräußerung erfolgte damals mehrheitlich durch den Stadtrat. Die Mitglieder des Fachausschusses werden jährlich über die Objekte der KoWo, welche durch den damaligen Erwerber weiterveräußert wurden, informiert. Hintergrund ist die mit der Erstveräußerung verbundene Sozialcharta, welche stets der weitere Erwerber mit übernehmen muss. Er wunderte sich über den Antrag, gab es doch bereits 2010 ein Angebot, den kompletten Moritzhof mit ca. 110 Wohneinheiten zu erwerben. Im Fachausschuss, so erinnerte er, habe die Mehrheit sich darauf geeinigt den ursprünglichen Beschluss zu relativieren und Prüfaufträge zu formulieren. Durch die Pressearbeit in dieser Angelegenheit vermutet er auch, dass die Preisvorstellungen des potentiellen Veräußerers mittlerweile ein Niveau erreicht haben, das durch das städtische Unternehmen nicht gestemmt werden könne. Er hinterfragte ob bei der KoWo überhaupt einen Betrag von ca. 10 Mio. EUR für einen Rückkauf zur Verfügung steht. Selbst wenn ein Rückkauf gelingen würde, würde man hierdurch nicht mehr Wohnräume schaffen. Nach der geltenden Sozialcharta darf in Erfurt nach einem Verkauf kein Mieter gekündigt werden. Auch bei einer Modernisierung bestünde Kündigungsschutz. Abschließend warb er um den gemeinsamen Änderungsantrag, an welchem seine Fraktion beteiligt ist. Dennoch äußerte er Skepsis hinsichtlich des Erwerbes des Moritzhofes.

Herr Waßmann, Fraktion CDU, hoffte ursprünglich, dass nach der Debatte im Fachausschuss, die Drucksache zurückgezogen wird. Die Drucksache sei ungerecht, unfinanzierbar und schlecht durchdacht. Er begründete dies wie folgt:

- ungerecht, da es nur einen kleinen Teil von Mietern betrifft
- unfinanzierbar, da eine Prüfung, welche ebenfalls Geld kostet, aufzeigen wird, dass es nicht finanzierbar sein wird
- schlecht durchdacht, da man an die Bewohner/-innen vom Moritzhof ein Signal sendet, was nicht aufgehen wird.

Daher warb er für eine Ablehnung oder Zurückziehung der Drucksache.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warb um Zustimmung zur Drucksache. Er sah in der Drucksache eine Chance, einen Fehler der Landeshauptstadt wieder rückgängig zu machen. Klar sei es, dass ein Rückkauf ein Minusgeschäft sei, allerdings ginge es hierbei darum, Wohnräume zu sichern und nicht den städtischen Haushalt zu finanzieren. Die steigenden Bodenwerte im Innenstadtbereich machten deutlich, dass sich Spekulation in Erfurt lohnt, was es bei Wohnraum zu verhindern gilt. Man möchte daher die KoWo in Verhandlung mit dem derzeitigen Eigentümer senden, welcher den Moritzhof derzeit für hohe Preise zum Verkauf anbietet. Bei einem finanzierbaren Angebot wäre es für die KoWo und die Landeshauptstadt ein großer Zugewinn und für die Bewohner/-innen eine große Erleichterung. Eine Investition zu finanzieren wäre über die KoWo möglich und der städtische Haushalt würde dabei nicht belastet werden. Zu dem Problem der Sanierungskosten, welche die KoWo neben ihrem bisherigen Sanierungsprogramm leisten müsste, schlug er eine Verpachtung an die Mietergemeinschaft vor, wie es in der Vergangenheit bereits geschah und die Anwohner/-innen die Instandhaltungsmaßnahmen aus eigener Kraft leisten. Über die Debatte hinaus müsse man bei einer weiteren Zuspitzung des Wohnungsmarktes dafür sorgen, dass Verdrängungen und Mehrbelastungen von Mieter/-innen ver-

hindert werden. Um dies zu erreichen schlug er abschließend vor, dass man das Instrument des Mieter/-innen-Schutzes im Städtebaurecht versucht zu etablieren. Hierfür könnte die Stadtverwaltung für den Innenstadtbereich das Instrument an den Orten Krämpfervorstadt oder Ilversgehofen vorprüfen, um zukünftig den Handlungsspielraum zu vergrößern und Luxussanierungen zu verhindern.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, sah in der Unterstützung des Anliegens einiger Fraktionen eine „Verarschung der Wähler“. Er schloss sich der Meinung von Herrn Stampf und Herrn Waßmann an, dass das Projekt unfinanzierbar sei. Einen kleinen Teil der Erfurter Bevölkerung zu bevorzugen, obwohl es auch andere soziale Brennpunkte gibt, empfand er als unsozial und stünde im Widerspruch zu der Politik der Fraktionen, die diese Drucksache unterstützen. Er wies darauf hin, dass es nicht Aufgabe einer Stadt oder eines des Stadtrates sei, in einer der besten Lagen in Erfurt ein hochlukratives Objekt zu einer „Sozialwerkstatt“ zu machen.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, bat um Zustimmung der geänderten Vorlage, da man einen Prüfauftrag an die KoWo erteilt, ein wirtschaftlich vernünftiges Angebot zu unterbreiten. Er widersprach der Aussage von Herrn Möller, da der Stadtrat sehr wohl die Aufgabe hat für eine soziale Durchmischung in allen Stadtteilen zu sorgen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erinnerte Herrn Möller daran, dass die KoWo durch einen Auftrag des Erfurter Stadtrates im Erfurter Norden angefangen hat eine Kita zu bauen, da dies dort notwendig war. Entsprechend kann man auch durch den Bedarf beim Moritzhof einen Prüfauftrag an die KoWo auslösen. Zur Finanzierbarkeit konterte sie Herrn Waßmann, dass dieser als Mitglied des Wirtschaftsausschusses sich dies hätte selbst beantworten können, da ein Blick in den Jahresabschluss genügt hätte.

Herr Waßmann antwortete, dass die Aussage von Frau Stange dem Ergebnis aus der Sitzung widerspräche. Die Zahlen des Jahresabschlusses seien eindeutig, weswegen man sich im Fachausschuss einig war, dass die KoWo die Zeit, Energie und das Personal braucht um sich über die wichtigen Aufgaben der Sanierung ihrer Bestände zu kümmern. Man benötigt für einen leistbaren Mietmarkt eine handlungsfähige, finanzstarke und unabhängige KoWo, welche durch diese Vorlage in Frage gestellt wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0951/22 in Fassung des Antrags der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt mit der Drucksache 1018/22 abstimmen ließ.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 15 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit der KOWO Gespräche dahingehend aufzunehmen, ein wirtschaftlich vertretbares Angebot zur Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof" abzugeben.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Restriktionen für den Verkauf baurechtlich auf dem Gebäude liegen.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtrat im Herbst 2022 über die Ergebnisse zu informieren.

04

Bei einem positiven Verhandlungsergebnis ist eine Vergabe in Erbpacht an die Gemeinschaft der Wohnanlage zu prüfen.

7.26.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0951/22 - Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof" 1018/22

bestätigt

7.27. Stopp aller B-Pläne mangels überarbeiteter Begründungssatzung 0961/22
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 14.06.2022 abgelehnt (Ja 1 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, erklärte, dass die Überarbeitung der Begründungssatzung, welche seit 2019 erfolgen sollte, zu lange dauert. Er verwies auf die Diskussion aus dem Fachausschuss, in welcher der Beigeordnete für Kultur und Stadtentwicklung, Herr Dr. Knoblich, zugesichert hat, dass dies zeitnah umgesetzt werden soll. Für eine baldige Vorlage der Satzung bedankte er sich im Namen seiner Fraktion im Voraus.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, hatte gehofft, dass Herr Perdelwitz den Antrag, welcher bei Beschlussfassung weitreichende fatale Folgen für viele Projekte in Erfurt hätte, zurückzieht. Er zeigte sich schockiert über die leichtsinnige Politik der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt.

Herr Perdelwitz stellte klar, dass der Antrag, sollte er durchgehen, besagt, dass zeitnah eine neue Satzung vorlegt werden muss und anschließend alles wie bisher seinen Gang geht. Die Schockiertheit von Herrn Hose konnte er nicht nachvollziehen.

Herr Dr. Knoblich wies darauf hin, dass man sich im Fachausschuss darüber geeinigt hatte, dass der Antrag „grober Unfug“ sei, welcher lediglich eine symbolische Wirkung haben sollte. Die Sorge hinter den Antrag erkannte er, allerdings sei dieser für die Gestaltung von Bebauungsplänen nicht notwendig. Er ging nicht davon aus, dass der Beschluss keine Mehrheit findet. Sollte dies dennoch geschehen, so stellte er die Beanstandung in Aussicht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass Herr Panse über die Drucksache 0961/22 abstimmen ließ.

7.28. Wegwerfen? Nein, danke! Kommunales Repair-Café für Erfurt 0962/22
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 14.06.2022 abgelehnt (Ja 4 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0) wurde.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1172/22 vor. Dieser änderte Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache. Aufgrund fehlender Vorberatung der Drucksache 1172/22 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 05.07.2022, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erörterte die Drucksache und den Antrag seiner Fraktion und erklärte, dass es dessen Ziel sei eine Bewusstseinschärfung in der Bevölkerung zu erreichen, Geräte lieber reparieren statt verschrotten zu lassen. Er verwies dabei auf den Reparaturbonus des Landes, welcher so ein Verhalten fördern soll. Möglich gemacht werden soll dies durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten z. B. im Stöberhaus, dessen Lage neben dem Wertstoffhof und durch die Expertise der dort Mitarbeitenden prädestiniert sei. Das Repair-Café soll überdies als außerschulischer Lernort für die Kreislaufwirtschaft fungieren. Ein positiver Nebeneffekt eines solchen Repair-Cafés wäre zudem ein nachlassen von illegaler Wertstoffbeseitigung, vor allem von Elektroschrott in der Natur. Da sich im Fachausschuss kritisch zu der Formulierung eines "kommunalen" Repair-Cafés geäußert wurde, hat man dies durch den Änderungsantrag gestrichen, mit der Hoffnung dadurch eine breitere Zustimmung zu erreichen.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erklärte, dass der Reparaturbonus sehr einfach über das Internet zu realisieren sei. Bei dem Antrag sah er das Problem bei dem "Café" und verwies dabei auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche auf zwei bereits vorhandene Initiativen hinwies. Um diesen Initiativen keine Konkurrenz zu machen und da er die Lage beim Wertstoffhof bzw. im Stöberhaus als eher negativ empfand, sprach er sich gegen die Drucksache aus.

Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE., verkündete, dass ihre Fraktion Rücksprache mit drei Reparaturinitiativen hielt, welche eine mögliche Nähe und Verwendung des Wertstoffhofes begrüßen würden, was ihrer Fraktion in der weiteren Bearbeitung des Themas aufgreifen möchte. Aufgrund der Schwierigkeit bei der Gestaltung von Werkstatträumen würden sie sich über neue Räumlichkeiten freuen. Weiterhin erklärte sie, dass die Initiativen auch generationsübergreifend gut angenommen und gut besucht werden. Sie gab den Wunsch wider, dass man im Amtsblatt eine Anzeige für die Repair-Cafés unterbringen könnte. Abschließend warb sie für die Aktion eines Repair-Cafés in der Schlachthofstraße am kommenden Donnerstag.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, sah die Problematik bei den Räumlichkeiten, welche bei den bisherigen Repair-Cafés nur mangelhaft bereitstünden. Er hinterfragte dabei, ob das Stöberhaus tatsächlich über notwendige Räumlichkeiten verfügt, zumal diese technisch ausgestattet sein müssten und ob die Stadt solch ausgestattete

Räume zur Verfügung stellen kann. Die Intension des Antrags verstand er, jedoch war er ihm zu ungenau formuliert.

Herr Waßmann, Fraktion CDU, outete sich, Probleme mit dem Wort "kommunal" zu haben, da man eine staatliche Lösung für ein Problem sucht, wofür es private Lösungen gibt. Zu einer möglichen Schulung über Kreislaufwirtschaft und schützende Rohstoffe und den Personal, welches dies unterrichten soll, erklärte er, dass dies im Thüringer Handwerk gelehrt wird.

Herr Maicher wies darauf hin, dass Frau Schönemann die Argumentation von Herrn Dr. Warweg widerlegt hat, da die Initiativen eine Vernetzung mit der Stadtwirtschaft wollen. Zu dem Redebeitrag von Herrn Waßmann sagte er, dass dem Handwerk nichts weggenommen wird, wenn man Schulungen in Repair-Cafés anbietet. Über die Ausführung von Herrn Städter antwortete er, dass nicht die Stadt in die Verantwortung gezogen werden soll, sondern die Stadtwirtschaft, speziell das Stöberhaus. Dass dort Räumlichkeiten vorhanden sind, konnte er bestätigen, da dort auch Aufsichtsratssitzungen stattgefunden haben.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., empfand die Grundidee, Gegenstände reparieren zu lassen statt neu zu kaufen, prinzipiell richtig, jedoch sei dies bei alten Elektrogeräten, welche einen höheren Energieverbrauch haben zu hinterfragen.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, antwortete, dass nicht nur alte Geräte kaputt gehen und daher eine Reparatur auch von Elektrogeräten ökologisch und energetisch sinnvoll sein kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass Herr Panse über die Drucksache 0962/22 in Fassung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit der Drucksache 1172/22 abstimmen ließ.

Nach der Abstimmung erklärte Herr Städter sein Abstimmverhalten wie folgt: "Ich möchte die Grünen anregen den Antrag zu überarbeiten und in einer sinnvollen Form nochmal neu einzubringen, weil so konnte ich ihn nicht zustimmen."

abgelehnt Ja 14 Nein 24 Enthaltung 9 Befangen 0

7.28.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0962/22 - Wegwerfen? Nein, danke! Kommunales Repair-Café für Erfurt 1172/22

abgelehnt

7.29. Verfahren Sozialticket 0979/22
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache im Ausschuss für Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 23.06.2022 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) wurde.

Es lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 1163/22 vor. Dieser erweitert den Punkt 3 in Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Aufgrund fehlender Vorberatung der Drucksache 1163/22 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 05.07.2022, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Wortmeldungen gab es keine, sodass Herr Panse zunächst über den Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 1163/22 abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	6
Nein Stimmen:	41
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Der Antrag wurde abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über die Drucksache 0979/22.

beschlossen Ja 33 Nein 6 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Zur Weiterführung des Sozialtickets ab 01. September 2022 wird das in Anlage 1 dargestellte Verfahren beschlossen.

02

Der Beschluss 1179/17 "Verfahren Sozialticket" wird ab 01. September 2022 aufgehoben.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.)

**7.29.1. Antrag der Fraktion der AfD zur Drucksache 0979/22 - 1163/22
Verfahren Sozialticket.**

abgelehnt Ja 6 Nein 41 Enthaltung 0 Befangen 0

**7.30. 3. Satzung zur Änderung der Satzung des Ehrenamtsbeirates der Landeshauptstadt Erfurt 0998/22
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 05.07.2022 im Hauptausschuss bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die in Anlage 1 beigefügte 3. Satzung, zur Änderung der Satzung des Ehrenamtsbeirates der Landeshauptstadt Erfurt.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.)

- 7.31. **3. Änderung der Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen, ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt** 0999/22
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 05.07.2022 bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 3. Änderung der Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen, ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.)

- 7.32. **Beteiligungsprozess Erfurter Nachtkultur** 1055/22
Einr.: Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 30.06.2022 im Ausschuss für Bildung und Kultur mit Änderungen bestätigt (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0) wurde. Die Änderungen bezogen sich dabei auf den Beschlusspunkt 03, welcher wie folgt geändert wurde:

03

Die Stadtverwaltung legt bis Ende ~~Oktober 2022~~ **1. Quartal 2023 ein Beteiligungskonzept** vor.

Anschließend eröffnete er die Beratung und übergab das Wort.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, brach nach Rücksprache eine mündliche Änderung in den Beschlusspunkt 03 ein. Dessen Wortlaut wurde erneut in folgende Fassung geändert,

Die Stadtverwaltung legt bis Ende Oktober 2022 das Konzept **schnellstmöglich ein Beteiligungskonzept** vor.

welchen er von Herrn Dr. Knoblich, dem Beigeordneten für Kultur und Stadtentwicklung zu bestätigen bat. Anschließend erörterte er die Drucksache und ging dabei auf die zu lösenden Schwierigkeiten ein, auf welche unter anderen durch die offenen Briefe von Studierenden, Jugendverbänden, Kulturverbänden und Veranstalter/innen hingewiesen wurde. Für bereits Geleistetes der letzten Monate bedankte er sich. Er listete anhand von Beispielen anderer Städte Lösungsansätze durch verschiedene Strukturen wie z. B. "Nachtbürgermeister/-innen" und "Beauftragte der Nacht" auf. Für die Bereiche der Parks kündigte er noch für diesen Monat an, dass durch die Umfrage von BÄMM! Lösungsvorschläge vorgestellt werden. Durch die Erfahrungen anderer Städte wurde die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit aller Beteiligten für eine erfolgreiche Nachtkultur deutlich. Er warb abschließend um Zustimmung zur Drucksache, in der geänderten Fassung, damit man zu einer Einigung zwischen den Anwohnern, welche schlafen und der Bevölkerung, welche feiern möchte, kommt.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, verwunderte sich über eine aktuelle E-Mail von BÄMM!, in welchem darum gebeten wurde, die Drucksache an diesem Tag nicht zu beschließen und die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses vom 18.07.2022 abzuwarten. Er verwies darauf, dass man mit dieser Drucksache etwas beschließen möchte, was BÄMM! bereits versucht umzusetzen, ohne auf deren Ergebnisse zu warten. Daher bat Herr Hose der Bitte von BÄMM! nachzukommen und die Drucksache zu vertagen, bis die Ergebnisse und Lösungsvorschläge vorliegen.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., erwiderte, dass ihre Fraktion mit BÄMM! nach Erhalt der E-Mail telefoniert und dabei versichert hatte, dass die Bürgerbeteiligung nicht in Konkurrenz mit der Drucksache steht und man BÄMM! nach wie vor unterstützt. Mitglieder von BÄMM! haben dieses Verfahren eingesehen und erklärt, dass sie mit dem Prozess einverstanden sind.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, fragte Herrn Hose, ob diesersich vorstellen kann, dass Herr Robeck ebenfalls mit BÄMM! gesprochen hat.

Herr Hose antwortete, dass er sich dies vorstellen kann, dennoch ein Schreiben beider Referenten von BÄMM! vom Tag der Stadtratssitzung vorliegt. Die Aussage, dass die Beschlussfassung doch nicht vertagt werden soll, lag ihm nicht vor. Es war für ihn unklar, warum man ein Konzept für Beteiligungen möchte, obwohl es bereits ein Beteiligungsprozess gibt. Auch befürchtete er, dass durch die schwammige Formulierung der Drucksache als Ergebnis resultieren wird, dass die Mitarbeiter der Verwaltung nicht wissen werden, wie sie damit umgehen sollen, zumal sie bereits überlastet sind. Seine Fraktion sei nicht gegen die Beteiligung, sondern lediglich gegen eine Verkomplizierung durch die Drucksache.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, erklärte, dass die E-Mail von BÄMM! auf Grund eines Missverständnisses entstanden sei, welche bei Gesprächen ausgeräumt wurden. Daher stünde einer Abstimmung nichts mehr im Wege, weshalb er abschließend für eine Zustimmung zur Drucksache warb.

Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, fragte in Bezug auf die Überlastungsanzeige der Stadtverwaltung, auf welche bereits in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur

hingewiesen wurde, ob die Neuformulierung des Beschlusspunktes 03 an dieser Stelle Abhilfe leistet.

Herr Dr. Knoblich antwortete, dass die Umformulierung dahingehend nützt, dass sie relativ unbestimmt sei und man sich daher die notwendige Zeit dafür nehmen kann. Er erklärte, dass die Stadtverwaltung positiv zu dem Thema der Nachtkultur stünde. Eine Neubetrachtung der Zonen des Miteinanders sei notwendig und befürwortete er. Auf Grund der Breite an Aufgaben müsse geschaut werden, welches Dezernat hauptverantwortlich wird. Sein eigenes sei bereits mit zwei laufenden Transformationen im Kulturbereich und den großen Stadtentwicklungsprozessen voll ausgelastet, weswegen er sich vorstellen könnte, dass die Aufgaben an Dezernat 02 oder 03 gehen könnten, was geprüft werden muss. Ihm wäre es lieb, wenn man sich vor einer Beschlussfassung noch einmal zusammensetzen würde, mit dem Hinweis, dass man die Drucksache ansonsten nicht zeitnah umsetzen kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 1055/22 mit der Umformulierung von Herrn Robeck abstimmen ließ.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 17 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Nachtkultur ist wichtig für die kulturelle, soziale und künstlerische Vielfalt sowie die Attraktivität der Stadt. Kulturelle Angebote müssen gezielt gefördert werden sowie unbürokratisch und niedrigschwellig durchführbar sein. Bestehende Konflikte und unterschiedliche Interessenlagen müssen künftig besser moderiert werden.

02

Die Stadtverwaltung legt ein Konzept für einen Beteiligungsprozess vor mit dem Ziel, Strukturen zur Förderung, Durchführung und Konfliktlösung in Zusammenhang mit Nachtkultur bedarfsgerecht zu entwickeln. Eine Priorität soll dabei der Austausch und das Konfliktmanagement mit den unterschiedlichen Akteurinnen/Akteure und die zukünftige Vermittlungs- und Vernetzungsarbeit haben.

03

Die Stadtverwaltung legt schnellstmöglich ein Beteiligungskonzept vor.

7.33. Aufstellen von Hundetütenspendern im Erfurter Stadtgebiet und in Grünanlagen 1068/22
Einr.: Fraktion AfD

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Verwiesen in Ausschuss

7.34. Fahrradständerinstallation auf dem Domplatz 1069/22
Einr.: Fraktion AfD

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Verwiesen in Ausschuss

7.35. Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt 1083/22
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Verwiesen in Ausschuss

7.35.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1083/22 - Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt 1131/22

Verwiesen in Ausschuss

7.35.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1083/22 - Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt 1216/22

Verwiesen in Ausschuss

7.36. Verhandlungen zur Theaterfinanzierung 2022 1096/22
Einr.: Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Bildung und Kultur die Drucksache am 30.06.2022 mit Änderungen bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) hat.

Die Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten teilte mit Zustimmung der anderen Fraktionen mit, Miteinreicher der Drucksache zu sein.

Nach Abstimmung mit den Fraktionen sollte die Drucksache in folgender Fassung in Anlehnung an die Entscheidung des Ausschusses für Bildung und Kultur (einschließlich redaktioneller Änderungen) im Beschlusspunkt 01 abgestimmt werden (Beschlusspunkt 02 blieb unverändert):

„01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den bereits angelaufenen Verhandlungen für die Theaterfinanzierung mit dem Land Thüringen **eine Erhöhung der Finanzierung des Anteils des Freistaates Thüringen sowie die Option einzubeziehen**, spätestens ab der Spielzeit 2027/28 wieder eine eigene vollständige Sparte Schauspiel am Theater Erfurt zu etablieren.“

Weiterhin informiert er, dass ein Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 1222/22 vorlag. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 01 und ersetzte Beschlusspunkt 02. Aufgrund fehlender Vorberatung der Drucksache 1222/22 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 05.07.2022, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, erklärte, dass es in der Drucksache darum ginge, in der Diskussion im Rahmen der Finanzierungsrunde beim Land auch die Sparte Schauspiel mit einzubeziehen, entsprechend warb er um Zustimmung zur Drucksache in der soeben vorgetragenen Fassung. Er war irritiert über den Antrag der Fraktion CDU, welche die Ursprungsdrucksache im Ausschuss für Bildung und Kultur von vornherein ablehnten. Er sah einen Widerspruch in dem Antrag der Fraktion CDU bei Beschlusspunkt 01, wobei sichergestellt werden sollte, dass die Landeshauptstadt Erfurt außerhalb von Tarifverhandlungen keine Mehrkosten tragen muss. Dies sei bei Verhandlungen mit dem Land nicht möglich, da die Finanzierung gemeinsam mit dem Land vollzogen werden soll. Den Beschlusspunkt 02 fand er „verrückt“, da man hierbei anstrebte, dass das Land 50 % der Theaterfinanzierung übernehmen soll, wobei man sich ohne eine Festlegung auf konkrete Prozentsätze mehr erhoffen könnte.

Herr Waßmann, Fraktion CDU, bat um eine Debatte im zuständigen Werkausschuss und beantragte daher eine Verweisung der Drucksache samt Änderungsantrag in den Werkausschuss Theater Erfurt. Er verwies auf die letzte Sitzung des Ausschusses, bei welchem man über den Umfang des Sanierungsstaus des Erfurter Theaters i. H. v. 16 Mio. EUR informiert wurde. Auch die schlechte Personalsituation und die nicht ausreichenden grundlegenden Zahlen des Theaters seien Thema gewesen. Er warnte vor diesem Hintergrund davor, falsche Erwartungen an die Landeshauptstadt und Kulturinteressenten zu setzen. Nach einer weiteren Debatte könnte man, so vermutete er, genauer sagen, was für das Erfurter Theater möglich sei und was nicht. Zu der 50 % Forderung wies er auf mehrere Thüringer Städte hin, die alle mehr Förderung des Freistaates bekommen, als die Landeshauptstadt selbst. Gerne sei seine Fraktion bereit in der Debatte sich auf eine andere Förderquote zu einigen.

Herr Dr. Beese erklärte sich für eine Debatte bereit, erinnerte aber nochmals daran, dass es in dieser Drucksache lediglich darum ging, dass die Finanzierungsverhandlungen bereits begonnen haben, wobei der zuständige Dezernent bereits an den Verhandlungen teilnimmt, obwohl er nach Beschlusslage des Stadtrates dies nicht kann. Mit dieser Drucksache möchte man ihn legitimieren, an den Verhandlungen teilnehmen zu dürfen. Er stellte anschließend nochmal klar, dass es hierbei nicht um die Höhe einer Finanzierung und auch nicht um den Sanierungsstau ginge, eine kulturpolitische Debatte demnach auch nicht vorweg genommen wird.

Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, sprach sich auf Grund der unterschiedlichen Beschlussvorschläge und der dadurch notwendigen Debatte ebenfalls für eine Verweisung aus und warb für den entsprechenden Antrag. Dem Antrag der Fraktion CDU könnte er auf Grund der festgelegten Zahlen und Größenordnungen derzeit nicht zustimmen. Der Punkt des Sanierungsstaus fiel ihm zu kurz aus, hierbei wünschte er sich ein konkretes Konzept.

Sollte der Verweisungsantrag abgelehnt werden, so sprach er sich für die Ursprungsdrucksache aus.

Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, wies auf den begonnenen Transformationsprozess des Theaters Erfurts hin, welches durch den Stadtrat eingeleitet wurde. Ein Konsens über die Erweiterung des künstlerischen Profils und Schaffung der bestmöglichen Finanzierungsvoraussetzungen für Erfurt, mit politischer Rückkoppelung bestünde bereits. Die Impulse des Stadtrates habe man mit in die Verhandlungen, welche bereits begonnen haben, aufgenommen. Er wünschte sich einen einfacher gehaltenen offenen Beschluss, in welchem der Stadtrat den Oberbürgermeister und den zuständigen Dezernenten darum bittet, für die Stadt Erfurt die künstlerisch und finanziell beste Bedingungen aus den Verhandlungen herauszuholen und dem Stadtrat vorzulegen. Für die derzeit stattfindenden Sondierungen bedarf es keines Stadtratsbeschlusses. Die Sorge, dass die Finanzierungsverhandlungen zu schnell ablaufen könnten, teilte er, da das Land versucht auf Zeit zu spielen, während die Rechtsträger versuchen möglichst viel aus den Verhandlungen herauszuholen. Er bat abschließend darum, nichts zu beschließen, wobei keine Einigung herrscht, was die Verhandlungen erschweren würde. Über etwaige Strukturvorschläge, so kündigte er an, werde man beide Ausschüsse einbinden und informieren.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse zunächst über den Antrag auf Verweisung in den Werkausschuss Theater Erfurt abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen: 19
Nein Stimmen: 23
Enthaltungen: 1

Der Antrag auf Verweisung wurde abgelehnt.

DS 1420/22	Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, bat um eine rechtliche Prüfung, ob der Geschäftsordnung genüge getan wurde, da seine Fraktion die Meinung vertrat, dass die Drucksache nicht im Ausschuss für Bildung und Kultur hätte aufgerufen werden dürfen, sondern in den zuständigen Werkausschuss. Die ihrer Meinung nach falsche Vorberatung widerspräche der Geschäftsordnung, weswegen sie um eine Prüfung über die Rechtmäßigkeit der Vorberatung im Ausschuss für Bildung und Kulturbaten.
------------	---

Herr Panse antwortete, dass dies im Protokoll aufgenommen und anschließend geprüft werden wird. Anschließend fuhr er mit dem Abstimmungsprozedere fort und ließ über den Antrag der Fraktion CDU in der Drucksache 1222/22 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen: 8
Nein Stimmen: 35
Enthaltungen: 0
Befangen: 0

Abschließend ließ Herr Panse über die Ursprungsdrucksache 1096/22 in Fassung des Ausschusses Bildung und Kultur mit red. Anpassung abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 24 Nein 15 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den bereits angelaufenen Verhandlungen für die Theaterfinanzierung mit dem Land Thüringen eine Erhöhung der Finanzierung des Anteils des Freistaates Thüringen sowie die Option einzubeziehen, spätestens ab der Spielzeit 2027/28 wieder eine eigene vollständige Sparte Schauspiel am Theater Erfurt zu etablieren.

02

Dem Ausschuss für Bildung und Kultur ist regelmäßig Bericht über die Verhandlungen zu erstatten.

7.36.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1096/22 Verhandlungen zur Theaterfinanzierung 2022 1 222/22

abgelehnt Ja 8 Nein 35 Enthaltung 0 Befangen 0

7.37. Weiterentwicklung des ÖPNV nach der 9€-Ticketphase 1 097/22
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Verwiesen in Ausschuss

7.38. Sozial-, Kultur- und Sportvereine bei der Finanzierung 1 098/22
gestiegener Kosten unterstützen
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Verwiesen in Ausschuss

8. Informationen

8.1. Genehmigung Haushaltssatzung nebst Anlagen für die 0 883/22
Haushaltsjahre 2022 und 2023
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 15.06.2022 zur Kenntnis genommen hat.

Wortmeldungen gab es keine, die Drucksache war somit **zur Kenntnis genommen**

8.2. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen keine vor, sodass Herr Panse den öffentlichen Teil der Stadtratsitzung schloss und anordnete die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer